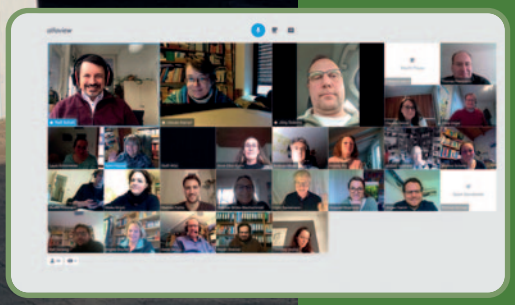
G 2527

Nr. 3-4/2021

# Gymnasium

## BADEN-WÜRTTEMBERG



**Der Philologenverband Baden-Württemberg im Dialog ...**

- *... mit dem Vorsitzenden des Landeselternbeirats BW*
- *... zur Elternumfrage durch die ARGEn BW*
- *... mit den Begründerinnen der Initiative G9 jetzt! BW*

**Personalrätekonferenzen im Onlineformat**

**Stundentafeln zu G9 als Diskussionsgrundlage**

**Das Sabbatjahr als Altersteilzeitmodell**

Zeitschrift des Philologenverbandes Baden-Württemberg

# Inhalt


Editorial *[Ralf Scholl]* 2
Frühjahrsklausur – wieder mal digital *[Martina Scherer]* 4
Digitales Treffen der JuPhi mit dem Bildungsausschuss der CDU *[Martina Scherer]* 5
Premiere – Die jährliche PhV-Stufenpersonalräte-Konferenz im Onlineformat *[Karin Fetzner]* 6
Personalratsarbeit in Pandemiezeiten *[Andreas Müller]* 7
Thema aktuell: SPD 8
Aktuelles aus dem HPR *[Jörg Sobora]* 9
Aktuelles aus dem HPR asB *[Michael Belz]* 11
Stark gefordert, viel kritisiert, fest entschlossen *[Bernd Saur]* 11
Ein Jahr LEB@Corona – ein persönlicher Rückblick *[Michael Mittelstaedt]* 13
Eltern erwarten ganzheitliche Bildung und G9 *[Stephan Ertle und Dr. Matthias Zimmermann]* 14
Elterninitiative 'G9 Jetzt! BW' *[Anja Plesch-Krubner und Corinna Fellner]* 17
G9-Stundentafeln *[Ralf Scholl]* 19
Gemeinschaftsschule Baden-Württember *[Dr. Johannes Vees]* 20
Langfristig planen: Mit speziellem Teilzeitmodell ein Jahr früher de-facto-Ruhestand erreichen! *[Ursula Kampf]* 21
Wort des Monats: Treiber *[Ines Mayer]* 22
Gemeinsam Grenzen überwinden *[Ralph Grossmann]* 23


**Titelfoto: Ludwig-Marum-Gymnasium Pfinztal** (Foto: Helmut Hauser)


## IMPRESSUM

Die Zeitung »Gymnasium Baden-Württemberg« erscheint sechsmal im Jahr. Der Bezugspreis für Mitglieder des PhV ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Bezugspreis für Nichtmitglieder pro Einzelheft »Gymnasium Baden-Württemberg« (inkl. der DPhV-Zeitschrift »Profil«) beträgt 3,– Euro und für ein Jahresabonnement 18,– Euro zuzüglich Versandkosten. Der Betrag wird durch Vorauszahlung jeweils im Dezember erhoben.

**Redaktion:**
*Schriftleiter:*
Enver Groß *[E.G.]* | enver.gross@phv-bw.de
Ziegelstraße 14 | 88214 Ravensburg
*Redaktionsteam:*
Sabine Grobe *[S.G.]* | Helmut Hauser *[H.H.]* | Bettina Hölscher *[HL]* | Edelgard Jauch *[E.J.]* | Anne Käßbohrer *[A.K.]* | Evelyn Kapahnke *[E.K.]* | Richard Zöller *[R.Z.]*

**Herausgeber:**
Philologenverband Baden-Württemberg
Alexanderstraße 112 | 70180 Stuttgart
Tel.: 07 11 / 2 39 62 50 | Fax: 07 11 / 2 39 62 77
info@phv-bw.de | www.phv-bw.de

**Verlag & Anzeigenverwaltung:**
Pädagogik & Hochschul Verlag
dphv-verlagsgesellschaft mbh
Graf-Adolf-Straße 84 | 40210 Düsseldorf
Tel.: 02 11 / 3 55 81 04 | Fax: 02 11 / 3 55 80 95
dassow@dphv-verlag.de | www.dphv-verlag.de

**Redaktionsschluss:**
***Mai-Juni-Ausgabe:*** 10. Mai 2021,
***Juli-August-Ausgabe:*** 28. Juni 2021.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen (ohne Rückporto keine Rücksendung). Alle Manuskripte sind an die Redaktion zu senden, nicht an den Verlag!

**Erscheinungstermin:** sechsmal jährlich nach Terminplan. Bestellungen, Umbestellungen und Reklamationen bitte direkt an die Geschäftsstelle des Philologenverbandes Alexanderstraße 112 | 70180 Stuttgart.






# *Liebe Leserinnen und Leser,*

**Ralf Scholl**
**ist Landesvorsitzender des Philologenverbandes Baden-Württemberg**


zwei traurige Jahrestage haben wir seit Ausbruch der Corona-Pandemie erreicht: den Beginn der Schulschließungen am 17. März 2020 und deren vorläufiges Ende dank Beginn der Osterferien am 6. April 2020.

Und wie stehen wir ein volles Jahr später da (Ich schreibe diese Zeilen Mitte März)?

Trotz mittlerweile mindestens sechs weltweit produzierter Impfstoffe ist die Corona-Pandemie noch längst nicht überwunden, nicht einmal sicher unter Kontrolle.

Hauptgrund dafür sind mutierte Viren, die deutlich ansteckender sind als die 'Wildvariante' vor einem Jahr. Dazu kommt die unstrukturierte Corona-Politik in Deutschland:

Kurzsichtige Landespolitiker, die dank der verfassungsmäßig garantierten Länderhoheit über Gesundheitsschutz und Schulen die von der Bundeskanzlerin vorgeschlagenen, notwendigen, harten Maßnahmen ausbremsen, abschwächen oder gleich ganz torpedieren.

Ignorante Kultusminister, die sich in der Kultusministerkonferenz unter Ausblendung aller anderslautenden Studienergebnisse immer wieder gegenseitig versichern, »dass Kinder keine Pandemietreiber sind«.

Und der fundamentale Unterschied zwischen Worten und Taten: Zwar wurde in unseren Bildungsplänen 2016 'Nachhaltigkeit' als Leitperspektive verankert. Aber wenn es um Corona-Maßnahmen an Schulen geht, ist Nachhaltigkeit keine Leitperspektive: Für Raumluftreiniger gibt es kein Geld. Denn derartige Nachhaltigkeit ist unserer Landesregierung schlicht zu teuer!

## Corona-Impfungen

Auch bei den Impfungen tut sich Deutschland bislang nicht gerade als Vorbild hervor, im Gegenteil. So bekam ich eine E-Mail folgenden Inhalts: Allabendlich werden nicht verimpfte Dosen des BionTech-Wirkstoffs in den Impfzentren entsorgt. Der Grund: Zu viele fest gebuchte Impftermine werden aus verschiedensten Gründen nicht wahrgenommen. Überbuchungen (wie im Flugverkehr) gibt es bislang nicht, ebenso fehlt eine Warteliste für kurzfristig frei werdende Termine.

Gleichzeitig werden täglich zur Impfung angemeldete Personen ungeimpft wieder weggeschickt, weil ihre Impf-Berechtigung nicht gegeben sei: Bis zum 8. März auch viele Lehrkräfte über 64, für die der Astra-Zeneca-Impfstoff nicht zugelassen war, obwohl die STIKO am 4. März endlich ihre Zulassungs-Empfehlung geändert hat und der Impfstoff von Anfang an eine Ü64-Zulassung in der EU hatte.

Bereits Ende Februar hatten wir die Impfmöglichkeit für die Ü64-Lehrkräfte eingefordert, sowohl beim Kultus- wie beim Sozialministerium. Aber erst die Änderung der STIKO-Empfehlung brachte diesen Fortschritt.

## Öffnungsmaßnahmen und Schnelltests

Seit Mitte Februar steigt die Inzidenz in Baden-Württemberg wieder landesweit an. Trotzdem wurden in der ersten Märzwoche zusätzliche, substanzielle Öffnungsmaßnahmen beschlossen, ab dem 8. März unter anderem für den Privatbereich, ab dem 15. März für die Schulen. Dass diese Öffnungen verkündet wurden, bevor die Schnelltests als unbedingt notwendige Begleit-Maßnahme durchorganisiert waren, war Optimismus à la Donald Trump. Die Folgen waren absehbar.

Dass es mit konsequentem Handeln deutlich besser geht, zeigt das Beispiel der Stadt Tübingen. Das dortige Konzept der häufigen und überall verfügbaren Schnelltests trug Früchte. Tübingen ist (Stand 8. März) der Kreis mit der niedrigsten Inzidenz in Baden-Württemberg. Einer Inzidenz, die un-

ter 25 sank, während diese in den meisten anderen Kreisen drei Wochen lang kontinuierlich anstieg.

Hätten wir doch eine solch konsequente Umsetzung nur auf Landes- oder gar Bundesebene!

Aber nicht nur an der eigentlichen 'Gesundheitsfront' herrscht Missmanagement. Die Idee aus dem Kultusministerium, ab dem 15. März alle Fünft- und Sechstklässler nach Stundenplan zur Schule kommen zu lassen und sie entweder im Klassenraum eng zusammengepfercht oder auf je zwei Räume verteilt zu unterrichten, war unsinnig: Sollten Lehrer dann zwischen beiden Räumen hin- und herpendeln oder im zweiten Raum lediglich Aufsicht durch eine Sportlehrkraft geführt werden?

War das die axiomatische Festschreibung der zentralen Funktion von Schule aus Sicht des Kultusministeriums? Als reine Bewahranstalt für Kinder, damit deren Eltern arbeiten gehen können?

Dann kann es uns freilich nicht wundern, warum es mit der Bildung in Baden-Württemberg seit Jahren bergab geht.

Erschwerend kommt hinzu, dass als Folge dieser unsinnigen Öffnungs-Strategie ganze Klassen, ihre Lehrkräfte und die jeweiligen kompletten Familien in 14-tägige Quarantäne gehen müssen, sobald ein Beteiligter positiv auf eine Covid-Mutante getestet wird. Welchen Sinn machen Öffnungen, die auf diesem Wege direkt in die Quarantäne führen?

Unser Hoffnungsschimmer sind wie im letzten Jahr die Osterferien. Danach sollten wir die dritte Welle mit zwei wöchentlichen Schnelltests für alle im Griff haben; im Spätsommer dann die gesamte Pandemie durch die Impfungen. Vorausgesetzt natürlich, es gelingt, das Impftempo so weit zu erhöhen, dass bis dahin auch drei Viertel der Bevölkerung geimpft sind.

## Petition: Corona-Aufholjahr durch Übergang auf G9

Zum Aufholen der entstandenen Corona-Lernlücken hat die Initiative 'G9-jetzt!' am 8. März eine neue Petition gestartet. Ziel ist eine sofortige Übergangsmöglichkeit auf G9 für die Klassenstufen 5 bis 10. Sie können die Petition unter http://openpetition.de/!aufholjahr direkt online mit Ihrer Unterschrift unterstützen.

Ein Volksbegehren soll folgen. Ob es schon läuft, finden Sie ebenso wie viel witziges Material zu G8/G9 mit einer Facebook-Suche nach 'G9-jetzt-BW' oder auf YouTube unter 'Bündnis G9-jetzt!'

Wären Sie bereit, für das Volksbegehren bei Ihnen vor Ort Unterschriften zu sammeln, oder die G9-Initiative anderweitig zu unterstützen? Dann schicken Sie bitte eine kurze E-Mail an g9@elternkanal-bw.de!

Zum Qualitäts-G9-Konzept des PhV, das mit neuen Bildungsplänen ab 2024/2025 umgesetzt werden könnte, finden Sie zwei mögliche Stundentafeln mit kurzen Erklärungen auf den Seiten 19 und 20.

## PhV-Interna

Wir haben unsere Rechtsberatung durch eine zweite, halbtags arbeitende Juristin personell verstärkt und begrüßen Simone Springer im Rechtsberatungs-Team der Geschäftsstelle.

Zum Abschluss: Gerade las ich im Internet:

Bei ALDI gibt's jetzt Schnelltests, in den Schulen nicht. – Macht Sinn: Bei ALDI gibt's ja auch Desinfektionsmittel, Seife, Luftfilter und Laptops. – Vielleicht sollten wir unseren Unterricht besser bei ALDI machen?

In diesem Sinne: Lassen Sie sich Ihren Galgenhumor nicht nehmen! Einmal täglich herzhaft Lachen ist jetzt Pflicht. ;-)

Bleiben Sie negativ! – Das ist mein herzlicher, positiver Wunsch für Sie!

Ihr

Ralf Scholl

*Philologenverband Baden-Württemberg:* Vertreterversammlung 2021

# Wahlausschreibung

Bei der **Vertreterversammlung** des Philologenverbands Baden-Württemberg **am 2. Juli 2021** in Fellbach stehen turnusmäßige Neuwahlen der Mitglieder des Landesvorstands an. Gewählt werden im Zuge der Übergangsregelung § 25 der PhV-Satzung ausnahmsweise nur für die Dauer von zwei Jahren:

- **eine Vorsitzende bzw. ein Vorsitzender**
- **zwei stellvertretende Vorsitzende**
- **eine Schatzmeisterin bzw. ein Schatzmeister**

Zudem werden folgende Ämter neu gewählt:

- **zwei Kassenprüfer sowie deren Stellvertreter**
- **vier zusätzliche Mitglieder des Finanzausschusses sowie deren Stellvertreter**
- **vier ordentliche Mitglieder des Schlichtungsausschusses sowie deren Stellvertreter**

*(s. Satzung des PhV BW in der Fassung vom 6. Juli 2018, § 13 (7) und Wahlordnung des PhV BW §§ 1 Nr. 5, 3 (1), 4 (2) und (4)).*

Es wird darauf hingewiesen, dass die Amtszeit der bei der VV 2021 gewählten Mitglieder des Landesvorstands satzungsgemäß im Jahr 2023 endet *(s. Satzung des PhV BW in der Fassung vom 6. Juli 2018, § 25 (1))*.

Der **Wahlleiter** und ein **Wahlausschuss** werden vor der Vertreterversammlung vom Landesvorstand bestimmt.

**Kandidatenvorschläge sind**

- *schriftlich* zu richten:
  An den Wahlleiter für die PhV-interne Wahl am 2. Juli 2021 in Fellbach über den Leiter der Landesgeschäftsstelle | Alexanderstraße 112 | 70180 Stuttgart
- oder: *mündlich* in der Vertreterversammlung vorzubringen.

**Steffen Kottmann,** Landesgeschäftsstelle

# Frühjahrsklausur – wieder mal digital

***»Digitaler Unterricht bedeutet für mich …***

***… ein (fast) engerer Kontakt zu den Schülerinnen und Schülern, da man sehr viele persönliche Nachrichten zusätzlich schreibt.«***

***… helfen bei Verbindungsproblemen und Stille hinter dem Bildschirm.«***

***… ein aktueller Hype, die späteren Lösungen liegen in einem gesunden Mittelweg.«***

***… Verbindungsprobleme online heute, hatten wir früher an der Schule mit dem Beamer.«***

***… Chance und Herausforderung zugleich.«***

***… , dass meine Schüler und ich den ganzen Tag am PC sitzen.«***

***… eine gute Alternative zum Dauerfrieren im Klassenzimmer und eine tolle Chance, anderen Unterricht auszuprobieren. Unterm Strich mehr Vorteile als Nachteile.«***

***… nicht nur Videokonferenzen, sondern eine gesunde Mischung aus synchron und asynchron geplanten Einheiten.«***

Das war der Einstieg in die digitale Klausurtagung im Frühjahr, zu der Martina Scherer, die Landesvorsitzende der JuPhi, am Samstag, dem 6. Februar, eingeladen hatte.

von **Martina Scherer**
Vorsitzende der JuPhi
Baden-Württemberg

Das Format kommt gut an bei den JuPhi – Fahrtwege fallen weg, das spart nicht nur Geld, sondern auch Zeit, die für die Familie bleibt. Und die Hürde, um neu einzusteigen, ist so auch relativ niedrig. Für die Zukunft unterstützen die JuPhi jede Art von hybriden oder digitalen Veranstaltungen, auch wenn man vor technischen Ausfällen nicht gefeit ist und selbst an einem Samstagmorgen die Verbindung schlecht sein kann, wenn die Nachbarn die Daten durch Streamingdienste 'absaugen'. Dennoch wird dies in den Augen dieses Arbeitskreises die Arbeitsform der Zukunft sein.

Nach dem Bericht der Vorsitzenden knüpfte sich das Grußwort von Ralf Scholl an. Auch die einzelnen Bezirke haben immer ihren festen Platz in dieser Veranstaltung. In Südwürttemberg, bei Pascal Maucher und Maximilian Röhricht, wird eifrig an Podcasts gearbeitet. Stephanie Gutgsell und Cara Römelt organisieren die Reihe 'JuPhis testen' in Südbaden. In Nordwürttemberg mit Laura Schönfelder wird an digitalen Treffen mit JuPhi aus den Bezirken gearbeitet. Mathias Fuchs und Martina Scherer aus Nordbaden arbeiten an den Videos für den Verband.

Das sind nur einzelne Schwerpunkte der Bezirke. Alle sind intensiv dabei, sich für den Philologenverband einzusetzen und ihn in der Öffentlichkeit zu repräsentieren.

Gemeinsam wurden auf der Klausur dann auch in den Breakout-Räumen von BigBlueButton Zukunftspläne geschmiedet. Es wurde überlegt, wie man die gemeinsame Arbeit effizienter gestalten könnte, zum Beispiel über die Nutzung einer Cloud oder eines Forums und nicht (nur) über das gemeinsame Bearbeiten von Mails. Hier wurden verschiedene Möglichkeiten erörtert. Ebenso war die inhaltliche Planung des Bodenseetreffens ein Tagesordnungspunkt.

Die Belastung des aktuellen Schuljahres spüren alle sehr, daher wird es erst wieder im Herbst am Vorabend des Bodenseetreffens eine Klausur in Präsenz geben. Man einigte sich darauf, sich in der Runde der Vorsitzenden und Stellvertreterinnen und Stellvertreter im April zu einem digitalen Vorbereitungstreffen für die 'große' Klausur im September zu treffen.

Hier gleich für alle JuPhi im Verband:

Freitag, 24. September 2021 und Samstag, 25. September 2021, JuPhi-Klausur im Rahmen des Bodenseetreffen, dieses Jahr in Singen.

Wir hoffen sehr, dass dieses Treffen in Präsenz stattfinden kann, und würden uns über viele Anmeldungen riesig freuen!

Tragt Euch gleich den Termin ein.

Werde gern Mitglied in unserer Threema-Gruppe (einfach Mail an martina.scherer@phv-bw.de).

Abonniere unseren JuPhi Instagram Account: juphi_bw

#juphi_bw #bbwjugend

>> Die Teilnehmer der Klausur

# Digitales Treffen der JuPhi mit dem Bildungsausschuss der CDU

>> Die JuPhi beim digitalen Austausch

Gleich zu Beginn des Jahres, am 18. Januar 2021, trafen sich aus dem Kreis der JuPhi einige Vertreterinnen und Vertreter mit Karl-Wilhelm Röhm und Dominik Ohly – beide aus dem Bildungsausschuss der CDU.

Das Hauptthema war die Lehrerausbildung, nicht nur unter dem Blickwinkel von Corona, sondern auch unabhängig von der Pandemie.

Es ging insbesondere um den Vorbereitungsdienst und das Praxissemester. Bei letzterem wurde die Frage erörtert, an welcher zeitlichen Stelle im Studium dieses besser verankert werden könnte.

In der Pressemitteilung der JuPhi vom 28. Januar 2021 wurden einige Punkte des Gesprächs aufgenommen:

- Alle Referendarinnen und Referendare sollten eine unbürokratische Verlängerungsmöglichkeit des Vorbereitungsdienstes unter Fortzahlung der Bezüge und unter Beibehaltung der Beihilfeansprüche von mindestens drei Monaten erhalten.
- Die jungen Lehrkräfte sollen entweder mit Dienst-Notebooks ausgestattet werden oder es soll wahlweise einen Zuschuss in der entsprechenden Höhe geben.
- Es sollte überlegt werden, ob ein Teil der Ausbildung nicht der Situation angepasst werden könnte, zum Beispiel könnte die DUE (Dokumentierte Unterrichtseinheit) durch mehr begleiteten Unterricht ersetzt werden.
- Zusätzliche Kapazitäten, die eine intensivere Betreuung und Ausbildung der Referendarinnen und Referendare ermöglichen, sind nötig.
- Unterstützungsangebote für Berufseinsteiger, die ihr Referendariat während der Corona-Pandemie absolviert haben, sind sinnvoll.
- Die Implementierung von Unterrichtsmethoden, die dem digitalen Unterricht angepasst sind, ist in allen Fächern notwendig.
- Das Referendariat sollte wieder auf 24 Monate verlängert werden.

Im Verlauf des Gesprächs zeigte sich auch, dass es zusätzliche Angebote im Referendariat geben sollte:

- wöchentliches Sprechtraining
- Vortragstraining
- Konferenzmanagement
- Klassenlehrermanagement
- Persönlichkeitsfindung

All diese Punkte sollten über eine längere Zeit – und nicht nur wie bisher als einmaliges Modul zu eineinhalb Stunden – angeboten werden.

Auch die Stärkung der einstündigen Fächer wurde in den Blick genommen. Die traditionellen Fächer, die oftmals durchaus die geforderten Kompetenzen der neu eingeführten Fächer bedient haben, dürfen nicht einfach verdrängt werden.

Weitere Themen waren:

- ein gestaffelter Einstieg bei vollen Bezügen für junge Lehrkräfte,
- die Einstellungssituation ab dem 1. August,
- die Absenkung des Klassenteilers,
- die Absenkung des Deputats,
- mehr A 14-Stellen,
- der Ausbau der Schulleitungsteams mit mehr A 15-Stellen
- sowie die Lehrerfortbildung.

Wir hoffen auf ein baldiges Treffen nach der Landtagswahl, um weiter dranzubleiben.

**Martina Scherer**

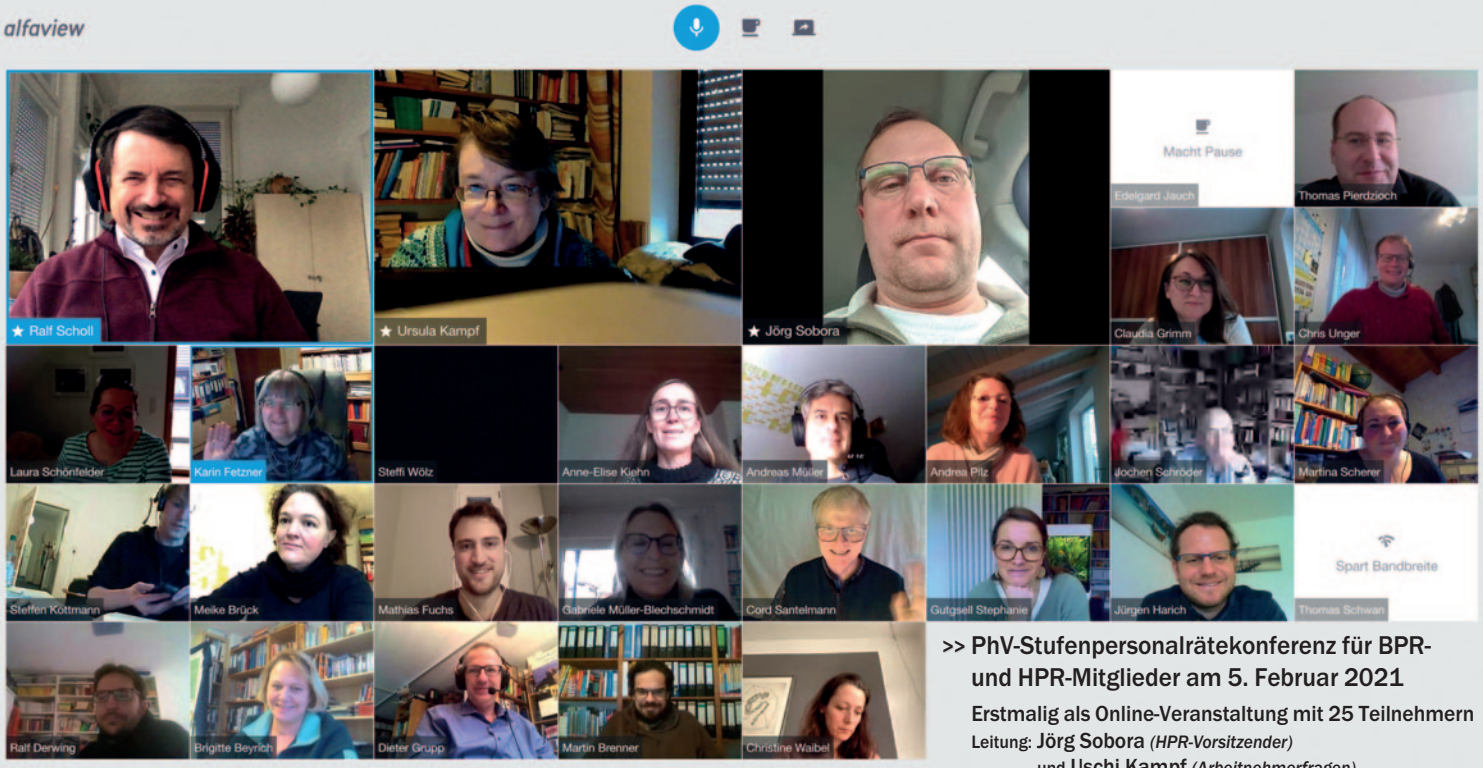
## Eine neue Interessengruppe im PhV startet jetzt

### Interner Austausch unter Schulleitungen und Stellvertretenden Schulleitungen

Die tägliche Arbeit ist für Schulleitungen schon immer anspruchsvoll gewesen, aber mit den ständig wechselnden Voraussetzungen und Vorgaben des Kultusministeriums im Verlauf der Pandemie werden viele Schulleiterinnen und Schulleiter und genauso ihre Stellvertretungen über alle Maßen gefordert. Vorher noch nie dagewesene Arbeitsweisen und Regelungen halten in den Schulen Einzug. Da kann es sehr hilfreich sein, wenn sich Interessierte mit Kolleginnen und Kollegen in derselben Situation austauschen können, in einer nicht zu großen, vertrauten Gruppe. Nicht jeder muss das Rad neu erfinden. Deshalb hat der Philologenverband auf Anregung aus den eigenen Reihen eine interne Gruppe für interessierte Schulleitungen und stellvertretende Schulleitungen ins Leben gerufen, in der in zwangloser Weise, ohne Verpflichtung, gegenseitig Fragen, Tipps, Frust und Lösungswege besprochen werden können. Der Austausch läuft zunächst über eine gemeinsame Mailgruppe. Die Zukunft wird zeigen, wie das Projekt sich entwickelt und was daraus wird.

Falls Sie sich als Schulleitung oder SL-Stellvertretung dafür interessieren, in diese Runde noch aufgenommen zu werden, melden Sie sich bitte bei der stellvertretenden Landesvorsitzenden Karin Fetzner (karin.fetzner@phv-bw.de).

**Karin Fetzner**




Die geballte Menge an Informationen kam bei den Teilnehmern gut an, eine offene Diskussion war durch das Online-Format leider schwieriger als in Präsenz.

**>> PhV-Stufenpersonalrätekonferenz für BPR- und HPR-Mitglieder am 5. Februar 2021**

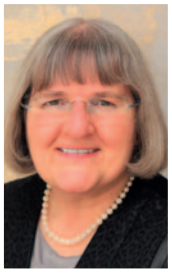
**Erstmalig als Online-Veranstaltung mit 25 Teilnehmern**

Leitung: **Jörg Sobora** *(HPR-Vorsitzender)*
und **Uschi Kampf** *(Arbeitnehmerfragen)*

# *Premiere:* Die jährliche PhV-Stufenpersonalräte-Konferenz im Onlineformat

Die PhV-Fraktionen der Bezirkspersonalräte und des Hauptpersonalrats Gymnasien treffen sich jedes Jahr zur Schulung und zum gegenseitigen Austausch über die gerade brennenden Themen in der Personalvertretung. Durch die Pandemie-Situation konnte diese wertvolle Tradition nicht in der üblichen Präsenzsitzung stattfinden, aber ein Ersatz wurde gefunden, und so saßen am 5. Februar 2021 alle vor ihren Bildschirmen. Dank Alfaview konnte man sich als Gruppe fühlen und alle anderen Teilnehmer sehen, außer denjenigen, die ihre Kamera aus persönlichen oder verbindungstechnischen Gründen ausgeschaltet hatten *(siehe Foto)*.

Zuerst informierte Jörg Sobora als HPR-Vorsitzender ausführlich über die Beteiligungsrechte der Personalvertretungen in Corona-Zeiten, weil hier von übergeordneten Stellen, seien es Schulleitungen, Schulverwaltung oder Kultusministerium, in der letzten



von **Karin Fetzner**
stellvertretende Vorsitzende des Philologenverbandes Baden-Württemberg

Zeit sehr oft die Mitwirkungsrechte übergangen worden waren. Auch die speziellen Besonderheiten durch den erzwungenermaßen häufigen Einsatz von Online-Formaten bei Bewerbungsgesprächen, Unterricht und Konferenzen wurden angesprochen. Klassische Themen wie Einstellung und Beförderung waren wie immer auch mit dabei.

Ein spezieller Fokus wurde auf die strittigen Punkte zwischen KM und HPR gelegt, die noch nicht geklärt sind, zum Beispiel Einsatz von Rückkehrern aus dem Grundschuldienst oder Abiturregelungen.

Die Spezialistin für Arbeitnehmerfragen, Uschi Kampf, erläuterte die neuesten Entwicklungen in ihrem Bereich, beispielsweise die Verlängerung der Möglichkeit zur Altersteilzeit für schwerbehinderte angestellte Lehrkräfte oder die neuen Chancen zur Entfristung von Verträgen bei Nichterfüllern.

Den Abschluss bildete ein Einblick in die Praxis der Rechtsberatung beim Philologenverband, den Ralf Scholl als Landesvorsitzender gab, und in dem er besonders auf die typischen Fragen und Antworten abhob, die von den Mitgliedern oft gestellt werden.

Die Teilnehmer dankten am Ende den Vortragenden für die vielen hilfreichen Erkenntnisse, die in komprimierter Form auf diesem Weg vermittelt wurden. Nur der direkte Austausch mit Diskussion wurde vermisst, was wieder zeigte, dass Präsenz doch Vorteile gegenüber den digitalen Treffen aufweist.

# Personalratsarbeit in Pandemiezeiten

## ÖPR-Schulung im Online-Format

Eine gelungene Mischung aus Grundschulung und aktueller Fortbildung rund um das Pandemiethema ist dem Bezirksvorstand Südwürttemberg mit der Organisation einer ÖPR-Schulung im Online-Format geglückt. Die rund zwanzig Teilnehmer zeigten sich hochzufrieden und bedankten sich für die wertvolle Unterstützung bei ihrer Personalratsarbeit vor Ort.

Die ursprünglich für den 12. und 13. November 2020 geplante ÖPR-Schulung musste in letzter Minute angesichts massiv steigender Infektionszahlen abgesagt werden. Trotz oder vielleicht sogar wegen der Pandemie hatten sich sehr viele örtliche Personalrätinnen und Personalräte für die PhV-Schulung angemeldet, die seit Jahren einen sehr guten Ruf hat. Obwohl gemeinsam mit dem Bildungshaus Untermarchtal ein ausgefeiltes Hygienekonzept erarbeitet worden war, ließ die Entwicklung der Pandemie eine sichere Durchführung der Fortbildung zum geplanten Termin nicht mehr zu, die Absage erfolgte mit nur wenigen Tagen Vorlauf.

Der Bezirksverband Südwürttemberg entschied sich schließlich dafür, die Grund- und Aufbauschulung auf einen Tag zu kürzen und im Online-Format anzubieten. Da der zwanglose Austausch in den Pausen und die Vernetzung der örtlichen Personalräte untereinander dabei nur sehr eingeschränkt oder gar nicht möglich sind, stets aber einen sehr wichtigen Teil dieser Schulungen ausmachen, war von vorneherein klar, dass auch ein Teil der Attraktivität dieser Veranstaltungen verloren gehen würde. Außerdem waren viele Lehrkräfte wegen des Homeschoolings extrem belastet, zahlreiche davon als Eltern gleich doppelt, weshalb die Anmeldezahlen, wie zu erwarten war, deutlich niedriger ausfielen als für die abgesagte Präsenzveranstaltung.

Dennoch musste unbedingt zeitnah eine Möglichkeit gefunden werden, neuen Personalrätinnen und Personalräten eine Grundschulung zu ermöglichen und auch erfahreneren Personalratsmitgliedern wertvolle Informationen rund um die Pandemiesituation zukommen zu lassen. Dass dies dem Team rund um Cord Santelmann sehr gut gelungen ist, zeigen die Rückmeldungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Ende der Tagung.

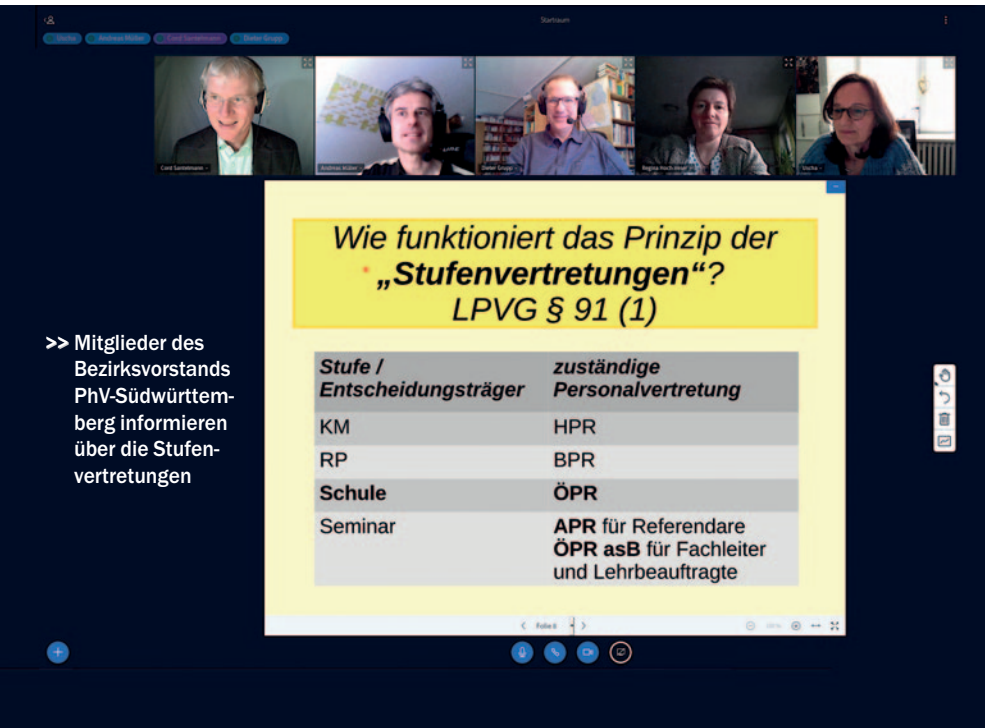
Sie lobten einerseits die Grundschulung, die vom Bezirksvorsitzenden Cord Santelmann mit Unterstützung der Mitglieder der PhV-Fraktion im BPR, Regina Hoch-Veser, Dieter Grupp und Andreas Müller, durchgeführt wurde, als nicht nur umfassende und sehr anschauliche Einführung in die Personalratsarbeit, sondern auch als wertvolle Auffrischung von bereits Bekanntem und Ideengeber für die weitere Professionalisierung der ÖPR-Arbeit.

Andererseits zeigten sich die Teilnehmer auch sehr begeistert von den zahlreichen Informationen aus dem HPR, die dessen Vorsitzender Jörg Sobora aus erster Hand liefern konnte. Dabei standen die ganzen Themen rund um Corona und die Auswirkungen der politischen Entscheidungen auf die Schulen und die Personalratsarbeit im Fokus seiner Ausführungen. Insofern war die diesjährige ÖPR-Schulung noch wesentlich aktueller als sonst und kann in den teilnehmenden Schulen unmittelbar umgesetzt werden.

In beiden Themenblöcken kam immer wieder zur Sprache, wie wesentlich und zum Wohle aller eine gute Zusammenarbeit der Personalvertretungen mit den Dienststellenleitungen auf jeder Stufe ist, dass dies aber auf allen Stufen nicht immer so möglich ist, wie es wünschenswert wäre. Bestehende Konflikte und ihre Lösungsmöglichkeiten wurden besprochen. Abgerundet wurde die Veranstaltung von der PhV-Arbeitnehmervertreterin im BPR, Ursula Dingler, die über Aspekte der Arbeitnehmervertretung in der Personalratsarbeit referierte.

Als Folgeveranstaltung wünschten die Teilnehmer eine halbtägige Fortbildung, in der zuvor eingereichte Fallbeispiele diskutiert und im Hinblick auf die Handlungsmöglichkeiten der örtlichen Gremien analysiert werden. Der Bezirksvorstand hat mit den Planungen hierfür bereits begonnen. Zudem wünschen sich sowohl die Veranstalter als auch die Teilnehmer wieder Präsenzfortbildungen, deren Mehrwert dann, wenn es endlich wieder möglich ist, bestimmt ganz besonders geschätzt werden wird.

**Andreas Müller**




>> Mitglieder des Bezirksvorstands PhV-Südwürttemberg informieren über die Stufenvertretungen

# Thema aktuell

*heute: SPD*

## Zur Bedeutung der Digitalisierung für die Schulen in und nach der Pandemie

von **Dr. Stefan Fulst-Blei, MdL**

In den letzten zwölf Monaten sind die Defizite unseres Schulsystems offen zu Tage getreten: Lehrkräftemangel, fehlende Differenzierungsmöglichkeiten, keine digitale Bildungsplattform, keine funktionierende Weiterbildung für die Lehrkräfte, keine professionelle IT-Administration. Davon beschäftigen uns einige schon länger und sind struktureller Natur, andere sind hausgemacht in den letzten fünf Jahren. Die Gefahren, die in diesen Defiziten liegen, sind Brüche in der Bildungsbiografie unserer Schülerinnen und Schüler, noch lange anhaltende Belastungen für unser Schulsystem, sprich Lehrkräfte und Schulleitungen, und nicht zuletzt das stärkere Auseinanderklaffen der Bildungsschere und der drohende soziale Abstieg jener Schüler, die auch zuvor schon mehr Unterstützung gebraucht hätten.

Da Präsenzunterricht in den letzten Monaten immer wieder nicht möglich war und auch in den nächsten Wochen und Monaten nur unter Einhaltung eines ausreichenden Gesundheitsschutzes angeboten werden sollte, kam und kommt dem Fernunterricht und der Digitalisierung der Schulen eine besondere Bedeutung zu. Wir müssen die Chance jetzt ergreifen und unsere Schulen fit für das 21. Jahrhundert machen.

Ich bezweifele, ob es in dieser Situation hilfreich ist, zum Beispiel einen Test mit MS 365 laufen zu lassen, dessen Ergebnis wir uns jetzt schon denken können. Der Abfluss von Daten, deren Weiterverarbeitung und Weiterverwertung wird nicht abschließend geklärt werden können. Damit werden wir nach monatelanger Testung wieder am Anfang stehen. Nämlich, ob wir uns für ein globales, günstiges, konfektioniertes, aber datenunsicheres Produkt entscheiden oder für eine Open-Source-Lösung, mit der die Daten sicher sind, in die wir aber noch viel Arbeit und Geld werden reinstecken müssen.

Die SPD hat schon 2018 ein Konzept für die Digitalisierung der Schulen vorgelegt, das wir im Februar 2020, also vor der Pandemie, noch einmal überarbeitet haben. Es war schon damals klar, dass die Landesregierung dauerhaft in die Finanzierung der Digitalisierung der Schulen investieren muss und nicht immer nur auf die Kommunen verweisen darf. Es war schon damals klar, dass es Strukturen braucht, die digitale Kompetenz an den Schulen zu nutzen und zu erweitern. Wir haben hierfür das 'Lernende Kollegium 4.0' vorgeschlagen und einen Innovationsfonds 'Digitale Zukunftswerkstatt Schule', um die Potentiale digitaler Bildung für besseren Unterricht zu erschließen.

Jetzt wissen wir: Es braucht an jeder oder zumindest für jede Schule eine IT-Fachkraft. Über deren Finanzierung müssen sich Land und Kommunen einig werden, je zur Hälfte wäre ein Vorschlag.

Mit dem Voranschreiten der Pandemie wurde immer deutlicher, was die Schulen brauchen, um auch längere Phasen des Fernunterrichts erfolgreich zu bewältigen. Mit 'Das krisenfeste Klassenzimmer' hat die SPD schon Anfang Juni angemahnt, auf die zweite Welle vorbereitet zu sein. Pandemien verlaufen nun mal in Wellen. Einiges davon wurde mittlerweile auf Betreiben des Bundes mit zusätzlichen Digitalpakt-Mitteln umgesetzt und die Endgeräte für Lehrkräfte kommen hoffentlich auch noch. Ein kostenloses Messengersystem, mit dem Lehrkräfte, Schüler sowie Eltern kommunizieren können, gibt es immer noch nicht. Manche Schulen waren hier in Eigenregie schon vor Corona weiter. Eine Forderung wie die 1Gbit/Sek-Leitung für alle Schulen kann nicht von heute auf morgen umgesetzt werden. Aber wir müssen uns anstrengen, sie so schnell wie möglich umzusetzen.

Zusammengefasst heißt das, wir brauchen allein beim Thema Digitalisierung deutliche Investitionen in den Bildungsbereich.

Zudem müssen wir den Blick jetzt darauf richten, wie wir die Corona-bedingten individuellen Förderbedarfe der Schüler ermitteln und bedienen. Mit dem 'Schutzschirm für Schülerinnen und Schüler' hat die SPD auch hierzu ein Papier vorgelegt, das sowohl mehr Spielraum für die Schulleitungen vor Ort als auch mehr Personal fordert. Aber auch bei der großen Aufgabe der individuellen Förderung müssen wir die Chancen der Digitalisierung nutzen, zum Beispiel bei den Lernstandserhebungen und den zur Verfügung zu stellenden individuellen Fördermaterialien. Es darf aber nicht passieren, dass die Schüler die Fördermaterialien auf ihre Tablets bekommen und diese dann noch zusätzlich und neben dem Unterricht ohne Hilfe abarbeiten müssen. Hierfür brauchen wir Konzepte, wie dieses Fördern in den Unterricht integriert werden kann, und wir brauchen mehr Zeit, wie sie die Umsetzung der Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 bieten würde.

**Für Sie im HPR Gymnasien beim KM | Für Sie im HPR Gymnasien beim KM | Für Sie im HPR**

**Jörg Sobora**
Vorsitzender

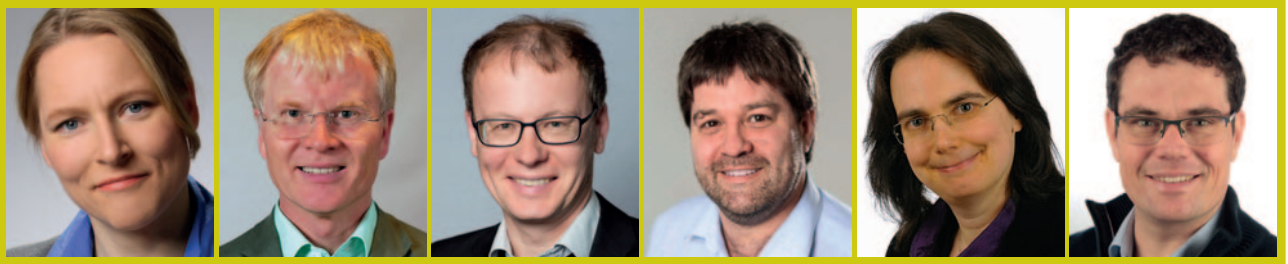
**Andrea Pilz**
Vorstandsmitglied

**Ralf Scholl**

**Ursula Kampf**

**Karin Fetzner**

**Martin Brenner**



**Anne Käßbohrer**

**Cord Santelmann**

**Christian Unger**

**Björn Sieper**

**Stefanie Wölz**

**Konrad Oberdörfer**

**Für Sie im HPR außerschulischer Bereich**

**Michael Belz**

**Der PhV im HPR und HPR asB**

# Corona als Dauerthema

Das Kultusministerium hat die Forderung des HPR Gymnasien nach **freiwilligen, symptomunabhängigen Testungen für Lehrkräfte** aufgegriffen und sich erfolgreich beim Sozialministerium dafür eingesetzt, dass das anlasslose Testangebot für das Personal an Schulen deutlich ausgeweitet wird. Die freiwillige Testmöglichkeit wurde ab dem 22. Februar auf zwei anlasslose Testoptionen pro Woche bis vorerst einschließlich 31. März 2021 ausgeweitet. Die Testungen werden mittels Antigen-Test durchgeführt. Die Testungen können in den etablierten Strukturen der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg wie Haus- oder Facharztpraxen sowie Corona-Schwerpunktpraxen und in Apotheken, die die Durchführung von Antigenschnelltests anbieten, durchgeführt werden. Tests können auch durch ergänzende kommunale Angebote (stationär oder mobil) ermöglicht werden. Corona-Schnelltests können auch direkt an Schulen durchgeführt werden. In diesen Fällen ermöglichen Schulen diese Testungen unter Anleitung von geschultem Personal. Eine Testmöglichkeit mittels PCR-Test entfällt für die prophylaktische Testung.

Die Kosten der Testungen im Rahmen der Teststrategie des Landes für Schulen, die über die Verordnung des Bundes zu Testungen hinausgehen, werden vom Land getragen. Hierfür sind Abrechnungsmöglichkeiten der vertragsärztlichen Strukturen sowie der Apothekenstrukturen mit dem Land auf vertraglicher Basis eingerichtet. Da es anfänglich (bei den PCR-Tests) immer wieder Berichte gab, dass einige Ärzte Lehrkräften die Testungen in Rechnung stellten, sollte bei Bedarf darauf verwiesen werden.

Um die Berechtigung zur Nutzung dieses Testangebots gegenüber der durchführenden Stelle nachweisen zu können, sind die Schulen gebeten, ihrem Personal auf Wunsch eine Berechtigung auszustellen.

Die Gesundheitsministerkonferenz hat am 22. Februar 2021 entschieden, dass bestimmte Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher sowie die weiteren Beschäftigten in den Erziehungseinrichtungen zwischen 18 und 64 Jahren aus der Stufe 4 der STIKO-Empfehlungen in die Stufe 2 vorgezogen werden. Das Land Baden-Württemberg geht über diesen Grundsatzbeschluss der Gesundheitsministerkonferenz noch etwas hinaus und bietet allen Lehrerinnen und Lehrern die **Möglichkeit zur Impfung**.

Zur Zeit des Redaktionsschlusses dieser GBW-Ausgabe waren unter anderem Personen zwischen 18 und 64 Jahren, die als Schullehrkräfte/Mitarbeitende an Schulen tätig sind, impfberechtigt.

Die eigentliche und ausschlaggebende Prüfung der Impfberechtigung erfolgt vor Ort im Impfzentrum. Ein Nachweis über die Berechtigung ist dort zwingend erforderlich. Hier ist ein Nachweis über das Arbeitsverhältnis und ggf. die ausgeübte Tätigkeit notwendig.

Der HPR Gymnasien hat verständlicherweise viele Anfragen von Lehrkräften bekommen, die älter als 64 Jahre sind und anfänglich von der Möglichkeit, sich impfen zu lassen, ausgeschlossen waren. Dies lag hauptsächlich daran, dass der AstraZeneca-Impfstoff nicht für diese Altersgruppe zugelassen war. Der HPR Gymnasien hat sofort das Kultusministerium gebeten, sich beim Ministerium für Soziales und Integration dafür einzusetzen, dass alle Lehrkräfte, unabhängig vom Alter sofort einen Impftermin vereinbaren und sich impfen lassen können. Nach Auffassung des HPR Gymnasien ist dies die notwendige Geste der Wertschätzung der Arbeit dieser Lehrkräfte, die in diesem Alter ohnehin einer Risikogruppe angehören und oftmals ihren Präsenzdienst aus Pflichterfüllung leisten oder freiwillig ihren Dienst verlängern, weil sie mithelfen wollen, die Unterrichtsversorgung zu sichern. >>

Das Kultusministerium hat diese Anregung aufgenommen und sich dafür eingesetzt.

Aus organisatorischen Gründen ist es nicht immer möglich, dass den Lehrkräften ihr Impftermin außerhalb des Schul- bzw. des Unterrichtsbetriebs angeboten werden kann. Die Schulen sind deshalb gehalten, sich möglichst flexibel zu zeigen. Sie sollen ihre Lehrkräfte beim Vorliegen von Impfterminen während der Unterrichtszeit großzügig vom Dienst freistellen. Ausgeschlossen von der Freistellung bleiben dabei die Prüfungstermine. Auch ist zu beachten, dass das Impfen und die notwendige An- und Abreisezeit keine Arbeitszeit und auch keine Dienstreise darstellen.

Hinsichtlich der **Mehrarbeit** und der **Mehrbelastung** der Lehrkräfte durch die Coronapandemie fordert der HPR Gymnasien nach wie vor eine entsprechende Vergütung bzw. Entlastung an anderer Stelle bzw. notfalls zu einem späteren Zeitpunkt.

Ist eine Dienstbefreiung innerhalb eines Schuljahres aus zwingenden dienstlichen Gründen nicht möglich, kann unter den Voraussetzungen von § 65 Landesbesoldungsgesetz Baden-Württemberg Mehrarbeit vergütet werden.

Mehrarbeit im Schuldienst liegt dann vor, wenn von einer Lehrkraft auf Anordnung oder mit Genehmigung über die sich aus Rechts- und Verwaltungsvorschriften oder Verwaltungsakten ergebende individuelle Pflichtstundenzahl hinaus Unterricht erteilt wird.

Wie beim Einsatz von Lehrkräften als Tutoren bzw. beim Einsatz im Präsenz- und im Fernunterricht ist dies auch beim Einsatz von Lehrkräften in der Notbetreuung im Einzelfall zu prüfen.

Es hängt von der konkreten Organisation und Situation vor Ort sowie von der jeweiligen Zusammensetzung der Schülergruppen ab, ob es sich bei der Notbetreuung um Unterricht, eine unterrichtsähnliche Tätigkeit oder eine bloße Betreuung im Sinne einer Aufsichtsführung handelt. Die Beurteilung dieser Frage erfolgt vor Ort durch die Schulleitung. Wenn in der Notbetreuung regelmäßig Lernmaterialien aus dem Fernlernen bzw. Fernunterricht behandelt werden, dann kann pauschal davon ausgegangen werden, dass es sich um Unterricht handelt.

Für Tätigkeiten, die keinen Unterricht darstellen (zum Beispiel Erledigung von Verwaltungsarbeit, bloße Beaufsichtigung einer Klasse ohne Unterrichtserteilung, Teilnahme an Lehrerkonferenzen etc.), kann keine Mehrarbeitsvergütung gewährt werden. Soweit es sich nicht um Unterricht handelt, ist § 1 Abs. 2 Lehrkräfte-ArbeitszeitVO zu beachten.

Der HPR Gymnasien bekommt weiterhin Anfragen, ob es möglich ist, dass Lehrkräfte im Sinne des Gesundheitsschutzes der Schülerinnen und Schüler und ihres eigenen Gesundheitsschutzes (Verringerung einer eventuellen Ansteckungsgefahr) Schüler, die **keinen Mund-Nasen-Schutz** tragen, mit entsprechendem **Mindestabstand im Klassenzimmer** platzieren dürfen. Deshalb hier erneut die Aussagen des Kultusministeriums zu diesem Thema:

Das Kultusministerium stützt die Auffassung des HPR Gymnasien, dass dies zumutbar und somit möglich sei. In der Abwägung einer eventuellen Benachteiligung dieser Schüler und dem berechtigten Interesse der gesundheitlichen Unversehrtheit der anderen Schüler und Lehrkräfte, sei dies zulässig.

Der HPR Gymnasien hat das Kultusministerium außerdem wiederholt darum gebeten, **Richtlinien für Webkonferenzen und Streaming** aufzustellen. Es gibt nach wie vor eine Vielzahl offener Fragen, die mit diesem Themenbereich verbunden sind.

Der Hauptpersonalrat Gymnasien hat bereits Anfragen bekommen, ob es stimme, dass die Zuweisung der Fördermittel für **dienstliche Endgeräte für Lehrkräfte** an die Schulträger auf Basis von Vollzeitäquivalenten erfolge, und ob es sein könne, dass eventuell nicht alle Lehrkräfte mit Endgeräten ausgestattet werden. Auf Nachfrage des HPR Gymnasien informierte das Kultusministerium folgendermaßen:

Im Rahmen des Programmes 'Leihgeräte für Lehrkräfte', stellt der Bund den Ländern einmalig 500 Millionen Euro zur Verfügung, von denen Baden-Württemberg nach dem Königsteiner Schlüssel rund 65 Millionen erhält. Es erweitert den DigitalPakt Schule auf ähnliche Weise wie das Zusatzprogramm 'Administration' und das Sofortausstattungsprogramm für Schülerendgeräte. Die Fördergelder ersetzen nicht die Investitionen der Schulträger, sondern ergänzen diese, denn für die sachliche Ausstattung der Schulen sind in erster Linie die Schulträger verantwortlich.

Um eine angemessene Verteilung der vom Bund bereitgestellten Mittel zu gewährleisten, die die tatsächlichen personellen Ressourcen der Schulen im Verantwortungsbereich eines Schulträgers abbildet, nutzt der gewählte Schlüssel bei der Berechnung die Anzahl der an einer Schule für die Unterrichtsversorgung notwendigen Vollzeitäquivalente im Verhältnis zu deren Gesamtzahl an allen förderberechtigen Schulen. Insofern werden nicht Mittel für Geräte pro Kopf zugewiesen und die Verteilung der Leihgeräte erfolgt nicht nach dem Stundenumfang der Beschäftigung einer Lehrerin oder eines Lehrers, sondern nach dem tatsächlichen Gesamtumfang der personellen Ressourcen vor Ort.

Die Schulträger entscheiden in Abstimmung mit den Schulen selbst darüber, welche Geräte zu welchem Preis angeschafft werden und ob – sofern der Bedarf es erfordert – die veranschlagten Ausgaben erhöht werden, indem über die Fördermittel hinaus weitere Gelder eingesetzt werden. Sie müssen die Fördermittel auch nicht entsprechend des rechnerisch ermittelten Budgets je Schule einsetzen. So können zum Beispiel Schulen, die noch über wenige oder keine Leihgeräte für Lehrkräfte verfügen, priorisiert ausgestattet werden.

Der Hauptpersonalrat Gymnasien rät deshalb allen örtlichen Personalräten, zusammen mit den jeweiligen Schulleitungen bei den Schulträgern klug zu verhandeln, damit die Ausstattung der Lehrkräfte mit dienstlichen Endgeräten zur Zufriedenheit aller Beteiligten abläuft und auch wirklich jede Lehrkraft, die dies wünscht, unabhängig von ihrem individuellen Deputatsumfang ein Gerät bekommt. Die Schulträger sollten davon überzeugt werden, dass es unter Umständen besser ist, etwas mehr Geld in diese Geräte zu investieren, damit die Qualität und Funktionalität ausreichend sind.

**Jörg Sobora**

## Aufbau der Fachteamstruktur

Nach wie vor ein Dauerthema ist die Umsetzung der neuen Fachteamstruktur im Rahmen des Qualitätskonzeptes. Im Schuljahr 2020/2021 ist laut Michael Kilper (Abteilungsleiter III am ZSL) eine Parallelführung der alten Struktur und eine Erprobungsphase der neuen vorgesehen. Im Rahmen der alten Struktur sollen die Fachberater Unterrichtsentwicklung (FBU) wie bisher die anstehenden Fortbildungen planen und deren Durchführung sichern. Dafür sind mehrere Dienstbesprechungen vorgesehen, die ausschließlich für die Fortbildner*innen verpflichtenden Charakter haben.

Parallel dazu soll die neue regionale Fachteamstruktur aufgebaut werden. Die regionalen Fachteams bestehen dabei aus den FBU's und zusätzlich aus allen an den Seminaren in der Ausbildung tätigen Mitarbeiter*innen (Lehrbeauftragte, Fachleiter und Bereichsleiter). Für die regionalen Fachteams sind pro Schulhalbjahr zwei zusätzliche Dienstbesprechungen vorgesehen. Diese befassen sich jeweils mit einer vom ZSL vorgegebenen Thematik, die sowohl für Ausbildner als auch für Fortbildner für die alltägliche Arbeit Relevanz besitzt. Beispielsweise sollen dort Fragen und Lösungsstrategien bezüglich einer Nachqualifizierung der von Corona betroffenen Referendarsabschlussjahrgänge in der Berufseingangsphase thematisiert werden.

Insofern ein durchaus sinnvolles und schlüssiges Konzept. Soweit die Theorie …

Leider erreichen den HPR asB aber immer wieder Meldungen, dass die Praxis in den regionalen Fachteams eine andere ist: Vor Ort gibt es so gut wie keine Parallelführung. Die Dienstbesprechungen sind in der Regel für beide Personengruppen verbindlich, beschäftigen sich aber meist ausschließlich mit Fragen der Fortbildung.

Hier bedarf es einer dringenden Überprüfung der Kommunikationsstrukturen innerhalb des ZSL. Es kann nicht sein, dass die von der Leitungsebene kommunizierte Struktur an den Stellen, wo sie umgesetzt werden müsste, oftmals gar nicht bekannt ist.

**Michael Belz**



Die Europäische Union am Jahresbeginn 2021:

# Stark gefordert, viel kritisiert, fest entschlossen

### Drei aktuelle Handlungsfelder, wie sie komplexer kaum sein könnten

von **Bernd Saur**
Ehrenvorsitzender des Philologenverbandes Baden-Württemberg

Die Corona-Pandemie und ihre Überwindung überlagert weiterhin die anderen dringenden Themen, mit denen sich die EU zu beschäftigen hat und die sich allesamt als nicht weniger komplex erweisen.

So gilt es derzeit auch, die Konsequenzen des Brexit im Blick zu behalten. Dass der Brexit für das Vereinigte Königreich gravierendere Folgen haben würde als für die EU, davon konnte und kann zurecht ausgegangen werden. Tonnen von verderbendem Fisch in den LKW-Kolonnen vor dem Eurotunnel warfen zu Jahresbeginn ein Schlaglicht darauf, was der Brexit bedeutet. Der britische Premierminister bleibt seinem Kurs des Ablenkens und Schönredens jedoch treu und wird in einer schonungslos offenen Stellungnahme der früheren französischen Botschafterin in London, Sylvie Bermann, vom 24. Februar 2021 als notorischer Lügner bezeichnet, der keine Regeln akzeptiere und nach dem Prinzip »Der Zweck heiligt die Mittel« denke und regiere. Sie prognostiziert, dass er die Folgekosten des Brexit verschleiern werde, indem er sie der Corona-Bekämpfung zuordnen werde. Derweil geht der Ärger um Nordirland in die nächste Runde: Das mühsam ausgehandelte Nordirland-Protokoll, das seit Jahresbeginn in Kraft ist, wird wieder in Frage gestellt. Laut dieser Vereinbarung gelten – zur Vermeidung eines Aufflammens alter Konflikte – für Nordirland weiterhin die Regeln von EU-Binnenmarkt und Zollunion. Die dadurch entstandene Zollgrenze in der Irischen See sorgte zu Jahresbeginn nicht nur für leere Regale in Nordirland, sondern für kaum bewältigbare bürokratische Auswüchse. Den Fauxpas der EU-Kommissionspräsidentin, nämlich Exportgenehmigungen für Impflieferungen aus der EU nach Belfast zu verlangen (rechtliche Grundlage war Artikel 16 des Nordirland-Protokolls) nahm Boris Johnson dankbar als Steilvorlage an, bot ihm dies doch eine willkommene Begründung dafür, seinerseits das Nordirland-Protokoll aufzuweichen. Mit den nordirischen Unionisten im Nacken drohte Johnson im Unterhaus damit, seinerseits den Artikel 16 zu ziehen, damit es »keine Hürden in der Irischen See« gebe. Diese Geschehnisse lassen unschwer erkennen, welches Konfliktpotenzial in der Nordirland-Frage steckt.

Ein weiterhin schwelender Konflikt betrifft die Frage der Rechtsstaatlichkeit in Bezug auf die beiden Mitgliedsstaaten Ungarn und Polen, die durch den für viele überfälligen Bruch der Fidesz-Partei von Victor Orban mit der christdemokratischen EVP-Fraktion im Europäischen Parlament erneut massiv in den Fokus geraten ist. Orban nannte die EVP-Fraktion ein »Anhängsel der europäischen Linken« und kündigte an, die rechten Kräfte in Europa um sich zu sammeln. Als Kopenhagen-Paradoxon wird bezeichnet, dass ein Staat für die Aufnahme in die >>

EU bestimmte Beitrittskriterien erfüllen muss, danach jedoch ein breiter Gestaltungsspielraum möglich scheint. Die Kernstandards der Gemeinschaft stellen überdies eine gewisse Grauzone dar. Der im September 2020 veröffentlichte Rechtsstaatsbericht der EU bleibt zunächst ebenfalls folgenlos. Zwar läuft gegen Ungarn wegen Verstößen gegen EU-Grundwerte ein Rechtsstaatsverfahren nach Artikel 7 der EU-Verträge, dieses wird sich jedoch jahrelang hinziehen. Die Verzögerungs- und Erpressungstaktik von Ungarn und Polen ist aufgegangen, und es zeigt sich sehr deutlich, dass der EU nur kleine Stellschrauben, nicht jedoch ein starkes Schwert zur Verfügung stehen.

In Polen regiert seit 2015 die nationalkonservative PiS-Partei, die versucht, die Justiz, zum Beispiel bei der Richterernennung, unter Kontrolle zu bekommen. Der EuGH erklärte zuletzt, dass eine Richterernennung grundsätzlich gerichtlich kontrollierbar sein muss, vor allem wenn es ohnehin schon Zweifel an der Unabhängigkeit des Justizverwaltungsrates gibt, der die Richter vorschlägt und de facto wählt. Beide Parteien, die polnische PiS-Partei und die ungarische Fidesz-Partei verkennen die Grundphilosophie der EU als zuvorderst einer Gemeinschaft von Werten, die alle anderen Mitgliedsstaaten als unveräußerlich akzeptieren und respektieren. Ein bloßes Schielen auf massive Zahlungen aus Brüssel bei gleichzeitigem Ignorieren der europäischen Werte ist für EU-Mitgliedsstaaten unwürdig und beschämend.

Angesichts des zu beklagenden Mangels an Impfstoff wird der EU-Kommission und vor allem ihrer Präsidentin seit Wochen vorgeworfen, man habe viel zu spät viel zu wenig Dosen geordert. Hier lohnt sich ein genauerer Blick: Biontech und Pfizer sollen von der EU ursprünglich 54 Euro pro Dosis verlangt haben, während die EU letztlich knapp 16 Euro zahlte. Angesichts der enormen Stückzahlen geht es hier um sehr viel Geld und so schlecht hat dann die Kommission offensichtlich nicht verhandelt. Gleichwohl ist es der EU nicht gelungen, eine alle zufriedenstellende koordinierte europäische Beschaffung zu organisieren. So besorgen sich Ungarn und die Slowakei an der EU vorbei den Sputnik V-Impfstoff und die dänische Ministerpräsidentin reist nach Israel, um dort Impfdosen zu kaufen. Gleichzeitig wird eine dänisch-österreichische Kooperation bei der Impfstoffbeschaffung begründet.

Gewiss, manches läuft nicht rund. Es gibt Uneinsichtigkeit, mangelnde Solidarität, und es werden Fehler gemacht. All dies ist uns jedoch bewusst, wir (er-)kennen diese Probleme. Ist nicht dies und unser fester Glaube an ein funktionierendes Europa eine gute Grundlage, unsere Gemeinschaft für seine 447 Millionen Menschen mutig und beharrlich weiterzuentwickeln? Packen wir also den Stier bei den Hörnern, so wie es Europa mit dem verwandelten Göttervater getan hat.

# Ein Jahr LEB@Corona – ein persönlicher Rückblick

Vor gut einem Jahr habe ich mich mit einem Schulleiter darüber gestritten, ob Schüler zwingend an den runden Tisch einer Schule gehören und ob ein solcher runder Tisch auch ein zugesichertes Mitspracherecht in einer Schule haben sollte. Bis heute kann ich nichts mit der »Vorsicht vor den Begehrlichkeiten, die man da ggf. weckt« anfangen. Eine Schule ist nie in Stein gemeißelt und Schul(weiter)entwicklung ist eben ein permanenter Prozess, dem sich die Schulleitung einfach konsequent und kontinuierlich stellen muss. Werden dabei die anderen Beteiligten nicht involviert, und da mache ich einen Unterschied zwischen 'gehört' und 'wirklich beteiligt', dann kommt irgendwann der Punkt, an dem Marketing notwendig wird, um eine Schule als attraktiv darzustellen und Schüler zu 'rekrutieren'. Dass man sich dabei häufig in die eigene Tasche lügt, merkt man leider häufig erst viel zu spät.

Warum erzähle ich das? Weil durch die Corona-Ausnahmesituation viele Dinge an die Oberfläche gekommen sind, die wir zwar alle irgendwie wussten, die wir aber mehr oder weniger in Kauf genommen bzw. ignoriert haben. Einige Beispiele hierfür sind: Unterricht, Erziehungspartnerschaft, Medienkompetenz, Verantwortung und Zuständigkeit.

Eltern haben blitzlichtartig Einblick in Unterricht, in die Motivation und das Engagement von Lehrern und Schulleitungen sowie die Kommunikation und Organisation in diesen Feldern erlangt. Wie zu erwarten, reichen die Eindrücke von desaströser Faulheit bis hin zu bewundernswertem Engagement, von Empathie bis Schönrederei. Erstaunlich ist das nicht, auch Lehrer sind in ihrer Motivation genau so breit verteilt wie die Berufstätigen anderer Branchen. Mit einem Unterschied: Es betrifft unsere Kinder, und das ist ein sehr sensibler Bereich. Weniger der Umstand, dass dies so ist, sondern die häufig nicht aus diesem Wissen folgenden Konsequenzen sind das Problem.

>> Michael Mittelstaedt ist Vorsitzender des Landeselternbeirats Baden-Württemberg

Bezüglich der Erziehungspartnerschaft ist diese im Regelbetrieb häufig auf Klassenpflegschaften, kurze Elternsprechtags-Termine und anlassbezogene Gespräche beschränkt. Leider – ein Hinweis an die Politik – kommen nicht-anlassbezogene Gespräche zum Austausch zwischen Eltern, Lehrern und Schülern viel zu kurz. Dafür muss einfach mehr Zeit bereitgestellt werden. Das kostet zwar Geld, generiert aber einen enormen Mehrwert hinsichtlich der gegenseitigen Wertschätzung, die nur im Gespräch bzw. in der persönlichen Begegnung ohne Hetze entstehen kann. Was an vielen Schulen fehlt, sind Klassenpflegschaftssitzungen vor bspw. dem Beginn einer Fernlernphase. Meist gab es Schulleiterschreiben und damit gut. 'Gut' aber gerade nicht, weil es eben die Lehrer einer Klasse sind, die allesamt unterschiedlich an die Fernlernphasen herangehen, ein Preis, den wir für die pädagogische Verantwortung wohl entrichten müssen, und unterschiedliche Forderungen und Vorgehensweisen haben. Eine Klassenpflegschaft kann hier die Erwartungen aller Seiten auf den Tisch legen und man sieht schnell, ob die Erwartungen auf beiden Seiten realistisch sind oder nicht. Unrealistische Erwartungen zu haben, generiert Frust und hängt Menschen ab. Das haben und hatten wir im vergangen Jahr öfter als uns lieb ist und uns guttut.

Ein den Fernunterricht massiv betreffender Faktor ist die Medienkompetenz an allen Enden des Kabels. Informatikunterricht gibt es an weiterführenden Schulen seit über vierzig Jahren. Dafür ist das, was an den Schulen praktiziert und gelebt wird, sicherlich als Trauerspiel zu bezeichnen. Unterricht in Form von Videokonferenzen plus PDFs zum Ausdrucken ist eben Stand der neunziger Jahre. Zumindest müssen sich alle, die nach 2000 ihr Studium begonnen haben, ernsthaft an die Nase fassen, weil vieles von dem, was wir in der täglichen Arbeit brauchen, spätestens seit 2000 Standardarbeitsmittel ist. Und es ist eben nicht das Problem der engagierten Menschen bei BelWü, wenn BBB in Durchschnittsfamilien mit zwei Kindern am Tablet (also Wlan) nicht wirklich gut läuft. Das ist normal und gutes Funktionieren der Sonderfall. Es bedarf der Umstellung des pädagogischen Konzeptes. Und es ist eben nicht Aufgabe der Eltern, den Lehrern zu sagen, dass Videos zum Einleiten in ein neues Thema zuhause als Vorbereitung für eine Präsenzphase im Wechselunterricht vielleicht eine gute Idee sein könnten.

Wer aber ist für die genannten Themen verantwortlich und unter wessen Zuständigkeit fallen die notwendigen Veränderungen? Sicherlich hatten viele von uns – ich hatte auf vier Wochen getippt – damit gerechnet, dass wir den Lockdown schnell wieder beenden und an die Schulen zurückkehren. Spätestens Mitte April war aber allen Realisten klar, dass das Jahr definitiv beeinträchtigt sein wird. Mit der Ausarbeitung von Konzepten wurde allerdings bis heute nicht wirklich begonnen. Weder bei der Konzeptionierung des Wechselunterrichts noch bei der 'Digitalisierung' gibt es grundlegende Fortschritte. Seit Sommer letzten Jahres gibt es ein ordentliches Konzept von Prof. Kähler zum Unterricht unter Pandemiebedingungen in Vollpräsenz (Lüfter + Plexiglasscheiben). Klar ist dies mit Investitionen verbunden, aber immer noch besser als einfach abzuwarten und letztlich ohne brauchbares Kon- >>

zept vor der Aufgabe des Lerndefizitausgleichs zu stehen. Während uns das Kultusministerium mit Nicht-Zuständigkeit und der Nebelkerze schlechthin (Handreichung des Umweltbundesamtes) argumentiert, vergeht Monat um Monat. Eine signifikante Erhöhung der Studienanfänger für den längerfristigen Ausgleich findet man vergebens. Vieles, wie bspw. die Geräte aus dem Digitalpakt, unterscheidet sich im Land derart, dass eine zentrale Unterstützung kaum möglich ist. Wie will man Lehrer denn bei diesem 'Fuhrpark' an unterschiedlichen Geräten und Plattformen fortbilden? Was wir dringend benötigen, ist eine Richtung, was wir in der Zeit nach Corona konzeptionell noch digital zu tun gedenken, um unser System darauf ausrichten zu können. Vor allem muss man jetzt damit in der Lehrerausbildung loslegen. Wenn wir die vielen Erfahrungen, die wir alle im Laufe dieses Jahres gemacht haben und mindestens einmal im nächsten halben Jahr noch machen werden, einfach »in die Tonne treten«, stehen wir in fünf Jahren wieder ähnlich 'gut' aufgestellt da wie vor dreißig Jahren. Die Geräte werden in vier Jahren ausgedient haben und dann? Leere Kassen, marode Schulgebäude, auch die sind während Corona ein Jahr älter geworden. Außerdem müssen die mit jedem neuen Jahrgang erforderlichen digitalen Endgeräte ja irgendwo herkommen.

Was wird die Zukunft bringen bzw. was können wir tun? Den Defizitausgleich betreffend sind ja bereits einige Dinge in der Diskussion. Eine Rückkehr zu G9 an allgemeinbildenden Gymnasien ist dabei eine Möglichkeit. Nur ist man, das merkt man gerade sehr deutlich, sofort unter Beschuss anderer Schularten, die nominell den gleichen Abschluss bereits jetzt neunjährig anbieten. Dieser Konkurrenzkampf kann in der Konsequenz dazu führen, dass es kein vernünftiges Kursangebot in der Oberstufe gibt, weil zu wenig Schüler pro Schule vorhanden sind. Hier ist es wichtig, dass die allgemeinbildenden Gymnasien ihren Anspruch auf Allgemeinbildung auch bei ihrer Schulentwicklung im Fokus haben. Wir alle sprechen davon, dass man lebenslang lernen muss und die Lebensarbeitszeit länger wird. Warum muten wir unseren Kindern zu, dass sie in einer der wichtigsten Phasen ihres Lebens, die die Weichen hinsichtlich der Lebensplanungsfähigkeit stellt, so sehr gehetzt werden? Meine ganz persönliche Meinung ist, dass ein vernünftig gestaltetes G9 sicherlich langfristig zufriedenere Menschen hervorbringen und eine Entschleunigung in dieser Lebensphase etlichen Kindern nützen würde. Hätte ich die Wahl, würde ich meinen Kindern dies bieten wollen. In diesem Zusammenhang würde ich mir aber auch Lehrer wünschen, die mehr begleiten als hetzen und schieben; natürlich fordern UND fördern. Schaut man sich die Schullandschaft in Baden-Württemberg momentan an, bedarf es einer Wiederholung des klaren Bekenntnisses zur optimalen Schule für jedes einzelne Kind, unabhängig von den kognitiven und körperlichen Fähigkeiten der Kinder, vom Geldbeutel und der Herkunft der Eltern. Ebenso muss sich unser Schulsystem derart verändern, dass in einem vertretbaren Umkreis um jeden Wohnort eine diesem Grundsatz entsprechende Schule vorhanden und der Wechsel zwischen den verschiedenen Schul(art)en möglich sein muss. Corona hat uns so viele Baustellen aufgezeigt, die sich eben durch kleinere Maßnahmen nicht beseitigen lassen. Wenn wir wieder in einen Regelbetrieb kommen, müssen wir sofort durchstarten, die notwendigen Konzepte entwickeln und Geld in die Hand nehmen. Geld ist genug vorhanden, es muss nur ein entsprechender Druck auf die Politik erzeugt werden, dieses Geld auch in den richtigen Bereich zu stecken. Und das kann aus Landessicht ausschließlich das wichtigste Kapital, d.h. die Bildung und Ausbildung unserer Kinder sein.

**Michael Mittelstaedt**

# Eltern erwarten ganzheitliche Bildung und G9

Die Auswirkungen der Corona-Krise haben es deutlich gemacht, mit Unterrichtsausfällen in den allgemeinbildenden Gymnasien von 4,9 Prozent (Juni 2018: 6,6 Prozent – Quelle: www.baden-wuerttemberg.de – Zweite Vollerhebung zum Unterrichtsausfall) kann gerade das G8 die von Tag zu Tag ansteigenden Lerndefizite ohne einen zusätzlichen Zeitrahmen nicht mehr kompensieren. Dabei sollten pandemiebedingte Lerndefizite möglichst zügig ausgeglichen werden können, sollte man meinen. Weit gefehlt, nach mittlerweile rund 500 fehlenden Unterrichtsstunden und einem vollen Jahr mit Corona gibt es aus dem Kultusministerium nicht einmal einen konzeptionellen Ansatz dahingehend, wie denn unsere Schülerinnen und Schüler diese Lernverluste abbauen können. Stattdessen werden da Lehrpläne deutlich entfrachtet, Prüfungstermine nach hinten verschoben und das Kultusministerium definiert fleißig am Wissensverlust für unsere Kinder: »Was ist wichtig, was muss unterrichtet werden?« Damit sind Eltern nicht einverstanden, die Schulpolitik muss ihre Aufgaben ernster nehmen. Eltern verstehen 'Allgemeinbildung' in Gänze als Auftrag an die Schulpolitik, die hierfür in den allgemeinbildenden Gymnasien für die notwendigen Rahmenbedingungen zu sorgen hat und in erster Linie verantwortlich ist für das komplette Schulsystem.

Eltern erwarten von dem allgemeinbildenden Gymnasium eine ganzheitliche Bildung der Schülerinnen und Schüler, die selbstbestimmt und mündig »über den Tellerrand hinausschauend« den vielfältigen Aufgaben in unserer schnelllebigen Zeit von heute und morgen gewachsen sind und sein werden. Die Wirksamkeit des Staates ist dabei

>> Stephan Ertle, Vorsitzender der ARGE Tübingen

>> Dr. Matthias Zimmermann, Mitglied im Vorstand der ARGE Karlsruhe

nur dann gegeben, wenn der freie Zugang zu dieser Vielfalt an Bildung für jede einzelne Schülerin und für jeden einzelnen Schüler besteht, unabhängig von der jeweiligen Herkunft in sozialer, kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht. Das scheitert manchmal bereits schon an den Kosten für die Schülerfahrkarte, weshalb Eltern vor dem Verfassungsgerichtshof für das Land Baden-Württemberg bereits Klage eingereicht haben (www.elternrechte-bw.de). Das scheitert aber ganz besonders auch durch einen seit vielen Jahren vom Kultusministerium verwalteten Lehrkräftemangel, der für viele Schülerinnen und Schüler das 'G8' eher zu einem unzumutbaren 'G7' 'weiterentwickelt' hat.

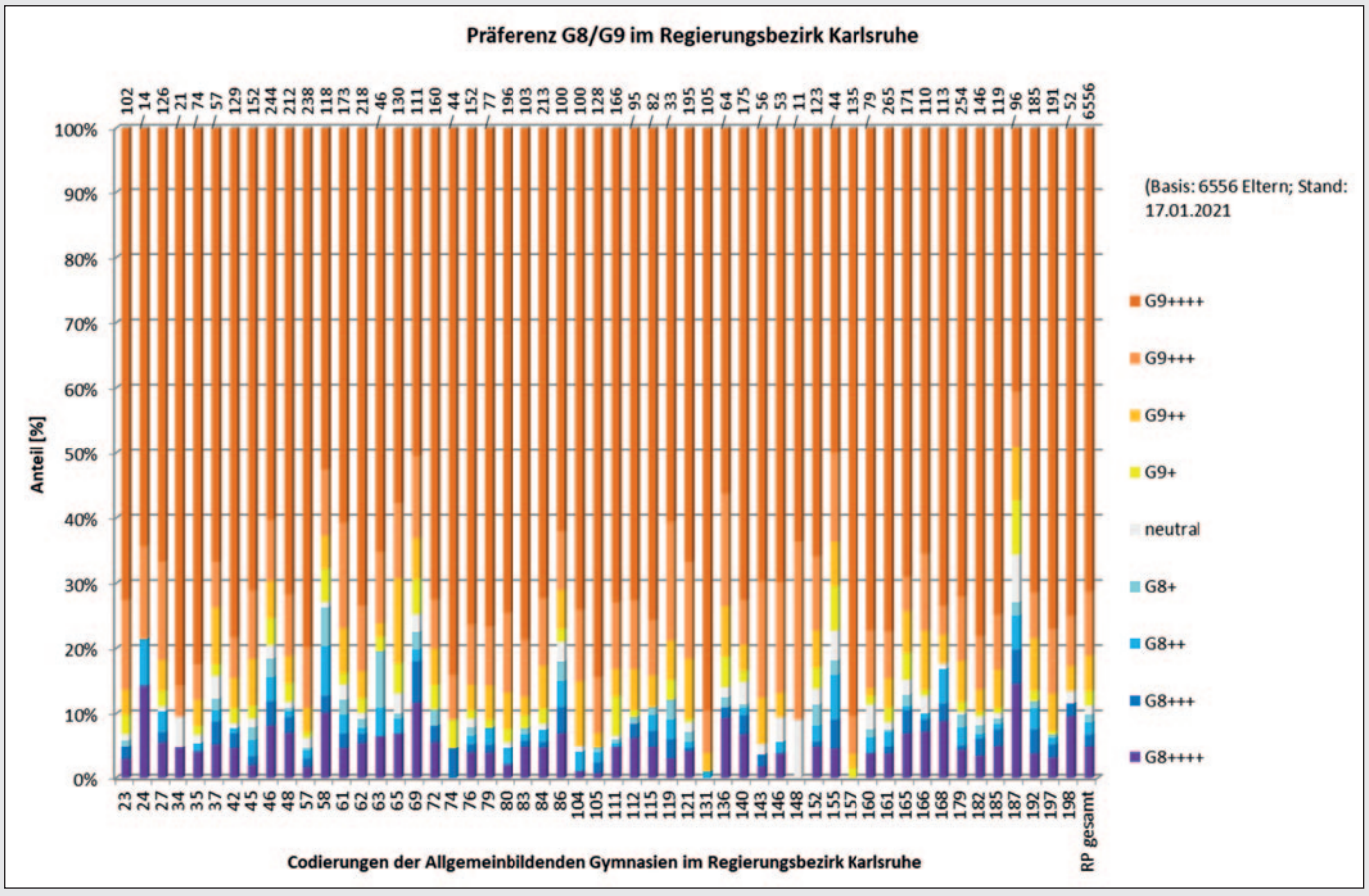
Heute bestehen zudem Mehrbedarfe an Wissensvermittlung durch die einschneidenden Restriktionen als Reaktion auf die Corona-Pandemie, wie zum Beispiel 'Digitale Unterrichtskonzepte', 'Künstliche Intelligenz in Schule und Unterricht', 'Einbindung neuer Formate' und 'Medienethik und Datenschutz'.

Die Arbeitsgemeinschaften der Gymnasialen Elternbeiräte (ARGE) in allen vier Regierungsbezirken des Landes (Karlsruhe, Stuttgart, Tübingen und Freiburg) haben die Eltern mit mindestens einem Kind an einem allgemeinbildenden Gymnasium befragt. Wie stehen die Eltern zu G8/G9, wie stehen sie zum Ganztag, wie zu Bildungszielen und was wünschen sie sich für die Zukunft?

Insgesamt zeigt sich in wesentlichen Aspekten ein Widerspruch zur gegenwärtigen Kultuspolitik und zu der vom Kultusministerium vermuteten und geäußerten Haltung 'der Eltern' zu Kernthemen.

Eltern von Kindern am allgemeinbildenden Gymnasium wünschen sich zu rund neunzig Prozent einen neunjährigen Bildungsgang (G9). Dabei lohnt sich ein zweiter Blick auf die Verteilung in den einzeln codiert angeschriebenen Gymnasien, der zeigt, dass über alle Gymnasien, bei denen die Umfrage an die Elternschaft weitergeleitet worden ist und mindestens zehn Eltern teilgenommen haben, kein einziges im ganzen Land bei Zustimmungsraten von weniger als sechzig Prozent in dieser Frage liegt *(s. Abbildung 1 beispielhaft für den Regierungsbezirk Karlsruhe)*. >>

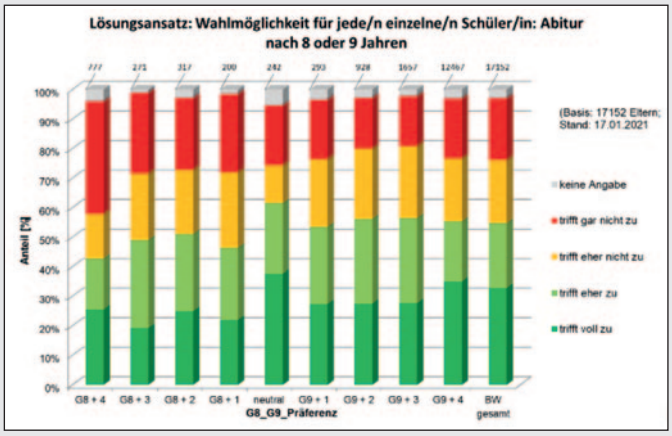
>> Abbildung 1



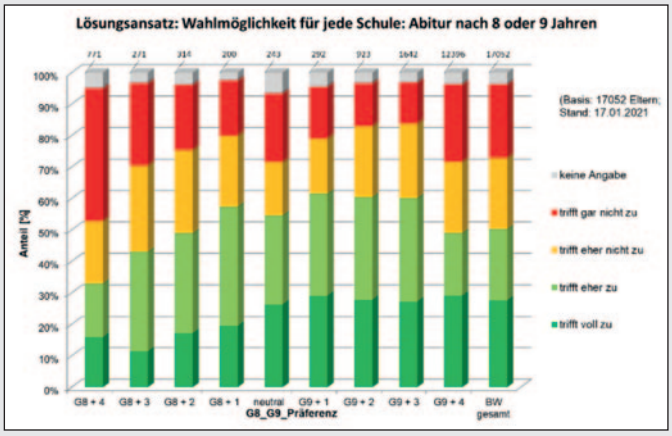
An dieser Stelle erscheinen zwei Aspekte besonders wichtig, die das Layout und die Verbreitung der Umfrage maßgeblich beeinflusst haben: Die ARGEn haben bewusst nur ihre 'Kundschaft' befragt, da wir Auffassungen abfragen wollten, die auf eigenen Erfahrungen mit Gymnasialkindern beruhen und damit die erlebten unterschiedlichen Auswirkungen des aktuell besuchten Gymnasialzuges (in der Regel G8, aber auch G9) für ihr Kind und ihre Familie abbilden. Und um idealerweise besser zu verstehen, welche Hintergründe für die eine oder die andere Präferenz bestehen, beinhaltete die Umfrage bewusst nicht einfach nur die Frage nach »G8 oder G9«.

Bei den weiteren Fragen zu Bildungszielen und -schwerpunkten, zur Freizeitgestaltung und zur künftigen Gestaltung der gymnasialen Schulwelt hat sich nur ein Komplex herausgestellt, bei dem sehr deutliche Unterschiede zwischen den G8- und den G9-BefürworterInnen auftreten: Letztere geben zu einem deutlich höheren Anteil an, dass ihre Kinder aus schulischen Gründen nicht oder nur eingeschränkt Freizeitbetätigungen in Sport, Musik, Ehrenamt etc. nachgehen können.

>> Abbildung 2




>> Abbildung 3




Viel wichtiger erscheint daher gerade an dieser Publikationsstelle, dass in vielen anderen Einstellungen die Elternschaft der allgemeinbildenden Gymnasien sehr ähnlich denkt: Den Eltern mit beiden Präferenzen für den Weg durchs Gymnasium ist die Vermittlung umfassender Bildung genauso gleichermaßen wichtig wie das Erlernen mehrerer Sprachen, die bessere Vorbereitung auf die Lernformen im Studium und eine hohe Studierfähigkeit. Wir gehen davon aus, dass sich all diese Ziele auch mit denen der Lehrerschaft an allgemeinbildenden Gymnasialen vereinbaren lassen müssten.

Auch wenn diese Frage nicht explizit gestellt wurde: Es gibt jedenfalls kein Indiz, dass die befragten gymnasialen Eltern wünschen würden, für einen neunjährigen Weg zum Abitur den Weg über die Gemeinschaftsschule bzw. die Realschule oder das Berufliche Gymnasium wählen zu müssen. Diesen Weg vorzuschlagen wird die Ministerin ja nicht müde.

Bei einer Frage sind die gymnasialen Eltern auch unabhängig von ihrer Präferenz der Schuldauer ziemlich unentschieden: Für eine mögliche Umsetzung von G9 wird einer Wahlmöglichkeit für jeden einzelnen Schüler nur geringfügig häufiger zugestimmt *(Abbildung 2)* als der Festlegung auf G8 bzw. G9 für die ganze Schule *(Abbildung 3)*.

Und auch die beiden Modelle für die zeitliche Streckung der Schulzeit erhalten über alle Befragten grundsätzlich ähnliche Zustimmungswerte von rund siebzig Prozent, was letztendlich heißt, dass sich die gymnasialen Eltern beide Optionen gut vorstellen können.

## Was lernen wir aus alle dem?

Aufgabe der ARGEn ist es, sich für die Auffassungen der von ihnen vertretenen Eltern einzusetzen. Daher werden wir auf allen politischen Ebenen – und die politischen Karten sind ja nach der Wahl neu gemischt – heftig intervenieren, diese Auffassungen zu verdeutlichen. Mindestens an den Rändern unseres Bundeslandes wird ja schon länger deutlich, dass zum Beispiel in Bayern nach der Rückkehr zu G9 die bis dahin zahlreichen Schüler aus unserem Nachbarbundesland eben nicht mehr in Baden-Württemberg an den Gymnasien angemeldet werden. Die ARGEn fordern von der Politik mehr Respekt und mehr Unterstützung für unsere Schüler und die Generation von morgen, mehr Bildung als Investition in die Zukunft. Auch wenn Baden-Württemberg nicht von allen anderen Ländern alles übernehmen sollte: 'G8' muss durch ein neues 'G9' ersetzt werden (mit Option: Gymnasialschulzeit acht Jahre).

**Stephan Ertle,** Vorsitzender der ARGE Tübingen
**Dr. Matthias Zimmermann,** Mitglied im Vorstand der ARGE Karlsruhe

Gymnasium BADEN-WÜRTTEMBERG
Werben in Gymnasium Baden-Württemberg
Anzeigenannahme: Caroline Dassow | dassow@dphv-verlag.de

# Elterninitiative ’G9 jetzt! BW’

## Vom ersten Telefongespräch zum Volksbegehren!

Im Frühjahr 2017 lernten Corinna Fellner und ich uns kennen, zwei vom gymnasialen System enttäuschte Mütter, die nicht länger untätig bleiben wollten. Nach etwa dreißig Minuten Austausch am Telefon beschlossen wir, eine Elterninitiative zu gründen. In Anlehnung an die entsprechenden Initiativen der anderen Bundesländer, die uns anfangs ein wenig unter ihre Fittiche nahmen, nannten wir uns ’G9 jetzt! BW’.

Voller Elan und Enthusiasmus, aber auch ein wenig blauäugig, machten wir uns an die Arbeit. Wir telefonierten von nun an täglich miteinander und waren bei all unseren anderen Tätigkeiten, die dies erlaubten, gedanklich bei diesem Thema: Texte entstanden beim Badewanne schrubben oder Wäsche aufhängen, Ideen kamen uns beim Spazierengehen oder vor dem Einschlafen.

Unser Motor war, und ist bis heute, die Wut über eine aus der Hüfte geschossene G8-Reform, die aus keinem pädagogischen Grund erfolgt war, sondern schlicht Kosten einsparen sollte, auf dem Rücken unserer Kinder und zu Lasten der Bildungsqualität.

Die negativen Folgen spürten wir, genau wie viele andere Familien auch, eigentlich täglich: dicht getaktete, vollgestopfte Wochenpläne der Kinder, teilweise zehn Stunden Unterricht am Tag, und dies in der Pubertät. Was kommt in einem hormongefluteten Gehirn, das einer Großbaustelle gleicht, vom Matheunterricht um 16:00 Uhr noch an? Sport, falls dafür noch die Kraft reicht, bis abends um 22:00 Uhr! Wenig nachhaltiges Bulimielernen ohne Zeit zum Üben, Verknüpfen, Wiederholen.

Und **wozu** der ganze Stress, **wofür** diese Beschneidung der Kindheit um ein Jahr – wenn die durchschnittliche Lebenserwartung der nachfolgenden Generationen weiter steigt? Da wäre doch eher ein G10 angebracht. Zumal es die globalen Entwicklungen dringend erfordern, wichtige zeitgemäße Themen in den Bildungsplan aufzunehmen.

>> Anja Plesch-Krubner und Corinna Fellner

Viele Eltern hatten mittlerweile den Wunsch geäußert, irgendwo unterschreiben zu können und so initiierten wir unsere Online-Petition für G9.

Diese lief sehr gut an, das Quorum von 21 000 Unterzeichnern wurde zügig erreicht. Es folgte unsere erste Landespressekonferenz.

Dr. Susanne Eisenmann ließ jedoch kaum eine Gelegenheit aus, die Zahl unserer Unterzeichner, verglichen mit der Anzahl aller gymnasialen Eltern, kleinzureden.

Aber natürlich war es für uns zwei Mütter ohne Netzwerk oder finanzielle Unterstützung eine Mammutaufgabe, sozusagen »vom Küchentisch aus« die Eltern im Ländle zu erreichen.

Dabei legte man uns auch zahlreiche Steine in den Weg! So wurden Schulleiter von ihren Regierungspräsidien darauf ’hingewiesen’, die Information zur Petition lieber nicht weiterzugeben. Oder regionale Zeitungen in und um die Landeshauptstadt hatten kein Interesse, über unsere Aktivitäten zu berichten. Häufig leiteten selbst Elternvertreter unsere Informationen nicht weiter. Die Reichweite war unser größtes Problem.

Also schrieben wir weiter viele Offene Briefe an die Politik, sogar an den Bundespräsidenten, informierten auch Prominente, die wir uns als Schirmherren der Initiative vorstellen konnten, wandten uns an Schulleiter, Hochschuldozenten, Bildungswissenschaftler, Soziologen, Kinderpsychologen … und natürlich an die Presse.

Leider erhielten wir nur selten Antworten, doch mit den Menschen, die uns unterstützten, schlossen wir uns zu einem kundigen fast schon ’konspirativen’ Kreis zusammen.

Bei den Lehrkräften und Schulleitern merkten wir bald, dass sich hinter ihren berufsbedingten Hemmungen, die G8-Reform öffentlich zu kritisieren, häufig eine durchaus kritische Haltung gegenüber dem ’Turboabitur’ verbarg. Noch deutlicher wurde dies bei von uns befragten Politikern, die als fürsorgliche Eltern oft eine ganz andere Meinung durchblicken ließen als dann im anschließenden, von Parteiräson geprägten offiziellen Gespräch.

Von verschiedenen Politikern der Landesregierung und natürlich der Kultusministerin erhielten wir lediglich, wenn überhaupt, Briefe mit Standardantworten aus dem Textbaukasten: Das G8 funktioniere gut, die meisten Eltern seien mit dem G8 zufrieden … so tönt es bis heute!

Nachdem wir unsere Petition bereits im September 2019 mit etwa 40 000 Unterzeichnern geschlossen hatten, sie formal einreichten und die Listen eigentlich im Frühjahr im Rahmen einer öffentlichkeitswirksamen Aktion den Bildungspolitikern in Stuttgart überreichen wollten, kam das Coronavirus und bremste uns, und mit uns natürlich die ganze Welt, aus.

Unter dem Eindruck der pandemiebedingten Schulschließungen und ihrer gravierenden Folgen auf das Lernen der Kinder wandten sich nun wiederum viele Eltern an uns und baten um eine erneute Öffnung der Petition. Denn G9 wann, wenn nicht jetzt! Die Pandemie wirkte wie ein Brennglas und verdeutlichte die negativen Auswirkungen der Gymnasialverkürzung.

Vielen Eltern und Lehrkräften wurde nun klar, dass es niemals möglich sein würde, die Lerndefizite am Gymnasium zum weitereilenden G8-Curriculum aufzuholen. Zudem ging die soziale Schere nochmals weiter auseinander. Hatte das G8 nachweislich be- >>

reits in Zeiten mit Regelunterricht die Kinder aus sozial weniger privilegierten Familien benachteiligt, spitzte sich die Situation für viele Schüler nochmals zu, sie tauchten teilweise ganz ab.

Folgerichtig sprachen sich übrigens in einer Ende 2020 durchgeführten Umfrage der ARGEN fast neunzig Prozent der gymnasialen Eltern für ein G9 aus!

Nach einem weiteren halben Jahr hatten wir insgesamt über 61 000 Unterzeichner hinter uns versammelt. Wir reichten die Petition Ende letzten Jahres beim Petitionsausschuss ein. Hier schlummert sie nun, beziehungsweise geht ihren bürokratischen Weg.

Wir setzten dann Anfang diesen Jahres recht große Hoffnungen in den Landtagswahlkampf, gingen davon aus, dass die Frage G8/G9 eines der bestimmenden Themen werden würde. Allerdings wurden wir Ende Januar recht jäh eines Besseren belehrt, nachdem auch die CDU das G9 nicht einmal mehr in ihr Wahlprogramm aufnahm. Die GRÜNEN hatten es ja stets abgelehnt. Die Oppositionsparteien brachten die Wahlmöglichkeit verschiedener, teilweise etwas 'dünner' G9-Varianten ins Spiel. So richtig überzeugt wirkten aber auch diese, abgesehen von derjenigen der AfD, nicht.

Heute wissen wir, dass bereits mehrere hundert Stunden Unterricht ausgefallen sind. Und eine dritte Welle scheint wahrscheinlich. Die Schüler weisen immense Lerndefizite auf, können sich einsam zu Hause nicht motivieren. Dies ist nur allzu verständlich und betrifft natürlich nicht nur die schwächeren Schüler. Denn Lernen ist kein mechanischer Prozess wie das Betanken eines Autos. Lernen benötigt gewisse psychologische Voraussetzungen, die Beziehung zu den Lehrkräften und ein soziales Miteinander. Und nichts kann den Präsenzunterricht in der Schule ersetzen.

Aber wir müssen momentan erleben, dass Lehrpläne 'abgespeckt', Ferien gestrichen werden sollen und vernünftige Konzepte, die Bildungsqualität zu erhalten, vollkommen fehlen.

Dabei liegt **das** Konzept für die Gymnasien bereits in der Schublade, und ist nicht einmal besonders originell, dafür aber lange erprobt: G9!

Doch diese Forderung wird von Dr. Susanne Eisenmann als »Schnellschuss in der Pandemie« abgetan und für nicht sofort umsetzbar erklärt! Dies stimmt natürlich **nicht**! Wie auch der Philologenverband unlängst in einer Pressemitteilung darlegte.

Wir sind besorgt und unsere Wut ist weiter gewachsen! Was können wir noch tun in unserem Kampf gegen Windmühlen?

Also versuchen wir es noch ein letztes Mal mit den basisdemokratischen Mitteln, die uns in Baden-Württemberg zur Verfügung stehen:

Dafür erweiterten wir zunächst unsere Elterninitiative um Lehrer, Hochschuldozenten und Studenten zum **Bündnis G9 jetzt!**

Solchermaßen verstärkt starteten wir vor wenigen Tagen eine G9-Kampagne mit regelmäßig geposteten informativen, kritischen, rührenden Beiträgen, die man auf unserem YouTube-Kanal verfolgen kann: www.youtube.com/channel/UCYKLZlOvjzgZZX0cuNKnC0w

**Für diese Aktion,** von welcher wir uns eine noch größere Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit erhoffen, **würden wir uns über Unterstützung beim Filmen, Videos schneiden, Zeichnen und Musizieren für ein G9 freuen.**

Falls Sie kreativ sind sowie Zeit und Lust haben, **melden Sie sich sehr gerne unter:** G9@elternkanal-bw.de

Desweiteren initiierten wir gerade eine weitere Petition mit der Forderung eines Corona-Aufholjahres im entschleunigten G9-Modus, angelehnt an die Forderungen des Philologenverbandes (http://openpetition.de/ !aufholjahr).

In der Folge planen wir die Einleitung eines Volksbegehrens. Dies ist erneut eine Mammutaufgabe. Ein aufwändiges, mehrstufiges Verfahren, das sehr viel Arbeit kostet.

Aber noch nie waren so viele verzweifelte Eltern und Lehrkräfte bereit, sich zu engagieren. Gegen ein G8, das in der Pandemie erst recht krachend an die Wand gefahren ist. Warum sollten wir es also nicht schaffen?

Also werden wir weiter für unsere Kinder mobil machen und den Druck auf die Politik erhöhen. Wir werden aufbegehren in einem Volksbegehren!

Auf dass die Überschrift unseres nächsten Artikels heißen wird: Bündnis G9 jetzt! – von der ersten 'konspirativen' Videokonferenz zur G9-Einführung! **Anja Plesch-Krubner** und **Corinna Fellner**

## Abitur 2020 – Aufgaben zum Download bereit!

Es werden noch weitere Redakteure in den Fächern Russisch, Chinesisch, Kath. Religion und Bildende Kunst gesucht!

Ein exklusiver Service des PhV BW besteht darin, die Abituraufgaben der letzten zwei Jahrzehnte als Download – nur für Mitglieder – bereitzustellen, fast alle auch mit Lösungsvorschlägen. Die Aufgabenstellung darf dabei exakt vom Kultusministerium übernommen werden, die Lösungshorizonte jedoch nicht. Diese müssen redaktionell überarbeitet werden. Das bedeutet, dass sie anders formuliert werden als die Vorlagen, aber trotzdem denselben Inhalt haben. Diese Arbeit wird schon immer freiwillig von PhV-Kolleginnen und -Kollegen alleine oder im Team gemacht. Manche sind schon viele Jahre dabei, manche erst seit kurzem, andere auch noch gerne als Pensionäre aus Freude an ihrem Fach. Aber manchmal können Redakteure aus verschiedenen Gründen diesen Dienst nicht mehr oder nicht mehr alleine leisten. In den oben genannten Fächern (und eventuell auch in anderen) suchen wir jetzt weitere Redakteurinnen und Redakteure für diese Aufgabe, die zwar eine Extra-Arbeit darstellt, aber im Umfang überschaubar ist und oft auch als Bereicherung empfunden wird, besonders wenn sich die Teams untereinander fachlich austauschen oder Pensionäre sich mit ihrem Herzensfach gerne weiter beschäftigen. Und häufig ist es für die Lehrkräfte, die gerade diese Aufgaben im letzten Abitur zu korrigieren hatten, eigentlich nur ein Übertragen ihrer schon ausgearbeiteten und fertigen Materialien. Deshalb bitte ich Sie herzlich, zu überlegen, ob auch Sie uns in Ihrem Fach unterstützen möchten. Bitte melden Sie sich bei der Koordinatorin dieses Projekts unter karin.fetzner@phv-bw.de. Danke! **Karin Fetzner**

# G9-Stundentafeln

Anbei finden Sie zwei Vorschläge des Philologenverbandes Baden-Württemberg zu einer Stundentafel G9. Wir erhoffen uns dadurch eine breite Diskussionsgrundlage zu schaffen, an der Sie als Leser zur Teilnahme aufgefordert sind.

**Stundentafel 1** *[links]* ist das ursprünglich im Bildungspolitischen Ausschuss entwickelte Modell.

Die Grundideen:

- Stärkung der Hauptfächer Deutsch, Mathematik, 1. Fremdsprache ist ein zentrales Anliegen
- Kein Fach darf etwas verlieren
- BNT als Fächerverbund wird aufgelöst
- Wirtschaft sowie Berufs- und Studienorientierung werden in Gemeinschaftskunde integriert
- Die Bugwellenstunden entfallen, bis auf die neuen Klassenlehrerstunden
- Ein Schwachpunkt dieses Modells ist das Fehlen des Faches Informatik (außer im Profil IMP)

Es gab daraufhin einen Vorschlag des Informatiklehrerverbandes, Informatik analog zu den anderen Bundesländern als einstündiges Fach von Klasse 5 bis 11 einzuführen. Dies sollte primär »auf Kosten der Gesellschaftswissenschaften« geschehen, womit wir als Philologenverband Baden-Württemberg nicht einverstanden sind. Deswegen wird dieser Vorschlag hier nicht dargestellt.

**Stundentafel 2** *[rechts]* regelt die naturwissenschaftlichen Profilfächer sinnvollerweise völlig neu.

Statt NwT und IMP als Hauptfächer werden die einzelnen Fächer gestärkt, d.h. es gibt bei der Wahl des Profils NwT oder des Profils Informatik diese Fächer jeweils als zweistündiges Nebenfach und außerdem zusätzliche Stunden in Mathematik, Physik und Biologie.

In Klasse 11 wird Physik zum dreistündigen Hauptfach in beiden Profilen, Informatik zusätzlich im Informatik-Profil.

Dies entspricht wesentlich besser dem Credo der Fachlichkeit in den zentralen Fächern als definierendem Kriterium des Gymnasiums als die bisherigen Profilfächer NwT und IMP.

Das Modell benötigt zwei Jahreswochenstunden mehr als Modell 1 und erreicht eine wesentliche fachliche Stärkung der Naturwissenschaften sowie der Informatik. >>

| *G9-Vorschlag des Philologenverbandes BW* | Klassenstufen 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | Stunden |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| **Hauptfächer** | | | | | | | | |
| Deutsch | 5 | 5 | 4 | 4 | 4 | 3 | 3 | 28 |
| Mathematik | 5 | 5 | 4 | 4 | 3 | 4 | 3 | 28 |
| 1. FS (Englisch) | 4 | 5 | 4 | 4 | 3 | 3 | 3 | 26 |
| 2. FS (Französisch/Latein) | | | 4 | 4,5 | 4,5 | 4 | 3 | 20 |
| **Profilfach** | | | | | | | | |
| NwT/3. FS | | | | | 4 | 4 | 4 | 12 |
| **Nebenfächer** | | | | | | | | |
| Religion/Ethik | 2 | 2 | 2 | 1 | 1 | 1 | 2 | 11 |
| Geschichte | 0 | 0 | 2 | 2 | 2 | 2 | 2 | 10 |
| Geographie | 2 | 2 | 2 | 0 | 0 | 2 | 2 | 10 |
| GK mit Wirtschaft | | | | 2 | 2 | 2 | 2 | 8 |
| Wirtschaft/BSO[1] | | | | | | | | |
| **Naturwissenschaften** | | | | | | | | |
| BNT | 0 | 0 | | | | | | 0 |
| Informatik | | | | 1 | | | | 1 |
| Physik | | | 2 | 2 | 2 | 2 | 2 | 10 |
| Chemie | | | | 1 | 2 | 2 | 2 | 7 |
| Biologie | 2 | 2 | 1 | 2 | | 1 | 2 | 10 |
| **Musisch-künstlerische Fächer** | | | | | | | | |
| Bildende Kunst | 2 | 2 | 2 | | 1 | 1 | 1 | 9 |
| Musik | 2 | 2 | 2 | 2 | 1 | 1 | 1 | 11 |
| Sport | 4 | 4 | 2 | 2 | 2 | 2 | 2 | 18 |
| **Summe aller Fächer** | 28 | 29 | 31 | 31,5 | 31,5 | 34 | 34 | 219 |
| **Poolstunden** | | | | | | | | |
| Medienbildung | 1 | 0 | 0 | | | | | 1 |
| Klassenlehrerstunde | 1 | 1 | 1 | 0,5 | 0,5 | | | 4 |
| **Gesamtstundenzahl** | 30 | 30 | 32 | 32 | 32 | 34 | 34 | 224 |

| *Alternativer Vorschlag des PhV mit Informatik* | Klassenstufen 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | Stunden | mat-nat Profil |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| **Hauptfächer** | | | | | | | | | |
| Deutsch | 4 | 4 | 4 | 4 | 4 | 4 | 3 | 27 | |
| Mathematik | 5 | 4 | 4 | 4 | 3 | 3 | 4 | 27 | 29 |
| 1. FS (Englisch) | 5 | 4 | 4 | 4 | 3 | 3 | 3 | 26 | |
| 2. FS (Französisch/Latein) | | | 5 | 4 | 4 | 4 | 3 | 20 | |
| **Profilfach** | | | | | | | | | |
| 3. FS | | | | | 5 | 4 | 3 | 12 | |
| Informatik | | | | | 1 | 1 | 2 | 4 | Naturwissenschaftliches Profil mit NwT oder Informatik |
| NwT | | | | | 2 | 2 | 2 | 6 | |
| Ma | | | | | 1 | 1 | | 2 | |
| Ph | | | | | | 1 | 1 | 2 | |
| Bio | | | | | 1 | 1 | 1 | 3 | |
| **Summe** | | | | | 3-4 | 4-5 | 4 | 4 | 11-13 |
| **Nebenfächer** | | | | | | | | | |
| Religion/Ethik | 2 | 2 | 2 | 1 | 1 | 1 | 2 | 11 | |
| Geschichte | 0 | 2 | 2 | 2 | 1 | 1 | 2 | 10 | |
| Geographie | 2 | 2 | 1 | 1 | | 2 | 2 | 10 | |
| GK mit Wirtschaft | | | | 2 | 2 | 2 | 2 | 8 | |
| Wirtschaft/BSO[1] | | | | | | | | | |
| **Naturwissenschaften** | | | | | | | | | |
| BNT | 0 | 0 | | | | | | 0 | mat-nat |
| Informatik | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 7 | 11 |
| Physik | | 2 | 2 | 2 | 2 | 1 | 2 | 11 | 13 |
| Chemie | | | | 2 | 2 | 2 | 2 | 8 | 08 |
| Biologie | 2 | 2 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 9 | 12 |
| **Musisch-künstlerische Fächer** | | | | | | | | | |
| Bildende Kunst | 2 | 2 | 2 | 1 | 1 | 1 | 1 | 10 | |
| Musik | 2 | 2 | 2 | 1 | 1 | 1 | 1 | 10 | |
| Sport | 4 | 2 | 2 | 2 | 2 | 2 | 2 | 16 | |
| **Summe aller Fächer** | 29 | 29 | 32 | 32 | 33 | 33 | 34 | 222 | 73 |
| **Poolstunden** | | | | | | | | | |
| Medienbildung | 0 | 0 | 0 | | | | | 0 | |
| Klassenlehrerstunde | 1 | 1 | 1 | 1 | 0 | | | 4 | |
| **Gesamtstundenzahl** | 30 | 30 | 33 | 33 | 33 | 33 | 34 | 226 | |

Bemerkenswert bei diesem Modell ist, dass die vier Stunden Sport in Klasse 5 Sport und Schwimmen wären.

In Klasse 5 und 6 wird mit dreißig Wochenstunden Nachmittagsunterricht vermieden.

In Klasse 7 bis 10 kann man die 33 Wochenstunden mit einem Tag Nachmittagsunterricht organisieren.

Und alle Fächer gewinnen Zeit!

Schreiben Sie uns bitte Ihre Meinung zu den vorgestellten Modellen! Wir denken, dass diese Stundenausstattungen versehen mit den entsprechenden Inhalten ein echtes 'Qualitäts-G9' garantieren könnte.

Und sollten Sie sich fragen, warum so viel Augenmerk auf den Naturwissenschaften liegt:

In diesen und den Ingenieurwissenschaften sind die Quoten der Studienabbrecher im Bachelor-Studium mit Abstand am höchsten. Unsere Gymnasien sind hier besonders gefragt, das Abschluss-Niveau für einen problemlosen Übergang an die Universität zu erhöhen. **Ralf Scholl**



# Gemeinschaftsschule Baden-Württemberg

## Kritische Wirklichkeitsanalyse eines kaum erforschten Schulexperiments


### Abstract:

Seit dem Schuljahr 2012/2013 gibt es in der baden-württembergischen Schullandschaft de facto ein viergliedriges Schulsystem im Bereich der weiterführenden Schulen, bestehend aus den traditionellen Schularten Gymnasium, Realschule, Haupt-/Werkrealschule sowie der von Grün-Rot neu eingeführten Gemeinschaftsschule.

Der ausführliche Beitrag verfolgt das Ziel, das pädagogische Lernkonzept dieses Schulartfeldversuchs auf wissenschaftliche Grundlagen zu überprüfen sowie die Schul- und Unterrichtsrealität zu beleuchten. Im Folgenden werden die zentralen Inhalte in Kürze dargelegt.

Die im Jahr 2012 eingeführte Gemeinschaftsschule wird als leistungsstarke und sozial gerechte Ganztagesschule beworben. Durch zeitgemäße – wenngleich empirisch nicht abgesicherte – Pädagogik, basierend auf hohen Anteilen individuellen und kooperativen Lernens in heterogenen Lerngruppen, werden den Schülern[1] bessere Zukunftschancen zugesprochen. Eine weitgehende Abkehr vom Konzept traditioneller Schularten, begleitet durch den Verzicht auf Noten, Hausaufgaben und Klassenwiederholung, ist Teil des schulartspezifischen Mottos 'Vielfalt macht schlauer'. Nach beinahe zehn Jahren ist das Interesse an einer wissenschaftlichen Evaluation der Schülerleistungen dieser enorm kostspieligen Schulreform jedoch weiterhin erstaunlich gering, obgleich erste Leistungsbefunde äußerst ernüchternd ausfallen.

Die oben erwähnte unterrichtliche Neuausrichtung erscheint aus wissenschaftlicher Sicht sehr fragil. So belegen zahlreiche renommierte Studien die Überlegenheit direkter Instruktion gegenüber offenen Lehr- und Lernszenarien, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen im leistungsschwächeren Segment. Der Artikel geht ferner auf eine Vielzahl konkreter Praxisprobleme (unter anderem Arbeitshaltung vieler Schüler, differenzierte Leistungskontrollen, Raumkonzept) ein und zeigt dabei auch auf, dass an vielen Stellen aufgrund der defizitären Unterrichtswirklichkeit bereits seit längerem wieder vermehrt auf bewährte Praktiken (zum Beispiel Bildung leistungshomogener Lerngruppen, Lehrer statt Lernbegleiter, Hausaufgaben) gesetzt wird.

Bestehende Mängel offen anzusprechen, um zum Wohle der nachfolgenden Generationen Optimierungen herbeizuführen, sollte Teil des professionellen Verständnisses aller Berufssparten sein. Gerade deswegen sind Lehrkräfte im Besonderen verpflichtet, sich für möglichst fruchtbare Lernprozesse von Kindern und Jugendlichen einzusetzen, um ihnen adäquate Voraussetzungen für ein gelingendes Berufsleben zu ermöglichen. Daher gilt es für Bildungspolitiker, die Schulverwaltung, Lehrerausbildner, Schulleiter sowie Lehrkräfte, offenkundige Erkenntnisse aus zahlreichen groß angelegten Studien anzuerkennen. So kann der vielfach propagierte offene Unterricht bei einem Großteil der Schüler keinen Anspruch auf eine bessere kognitive Entwicklung für sich beanspruchen.


**Dr. Johannes Vees,** Lehrbeauftragter
Pädagogische Hochschule Weingarten

**Anmerkung der Redaktion:** Den ausführlichen Bericht von Dr. Johannes Vees lesen Sie auf unserer Homepage (phv-bw.de –> *Alle Themen –> Bildungsforschung*). Hier finden Sie auch ein ausführliches Quellenverzeichnis).

1 Um eine einfachere Lesbarkeit zu gewährleisten, wird auf die Verwendung weiblicher Morpheme verzichtet.

# Langfristig planen: Mit speziellem Teilzeitmodell ein Jahr früher de-facto-Ruhestand erreichen!

**Das Freistellungsjahr (sogenanntes Sabbatjahr) als spezielles Teilzeitmodell und seine Möglichkeiten**

Beim sogenannten *Freistellungsjahr-/Sabbatjahr-Modell* wird zunächst mehr gearbeitet als Entgelt bezogen wird. Es wird über mehrere Jahre so Anspruch auf Entgelt(-bruchteile) angespart (Ansparphase). Die angesparten Entgeltbruchteile werden schließlich zusammen im sogenannten Freistellungsjahr bezogen (ohne dass in diesem Jahr gearbeitet wird). Im Gegensatz zu einer Beurlaubung im Umfang eines Jahres (ohne Besoldung bzw. Entgelt und ohne flankierende, mit dem Bezug von Besoldung bzw. Entgelt verbundene Versicherungen) besteht bei diesem Modell das Arbeitsverhältnis kontinuierlich weiter mit den entsprechend weiterlaufenden Versicherungen (im jeweiligenTeilzeit-Umfang).

Lehrkräfte müssen mindestens fünf Jahre (unbefristet) beschäftigt sein, um dieses Modell im Rahmen der *Meldung der stellenwirksamen Änderungswünsche* über STEWI (www.lehrer-online-bw.de/stewi) bis spätestens zum ersten Schultag nach den Weihnachtsferien beantragen zu können. Es können sowohl beamtete als auch Arbeitnehmer-Lehrkräfte dieses Modell in Anspruch nehmen; allerdings können nur Lehrkräfte i. A. ihre Teilzeit in diesem Modell *unterhälftig* ausgestalten.

## Ausgestaltung und möglicher zeitlicher Rahmen für Ansparphase plus Freistellungsjahr:

Das Modell muss in minimal drei, maximal acht Jahren abgewickelt werden – also mit minimal zwei Jahren, maximal sieben Jahren Ansparphase. Während der Ansparphase ist der *tatsächliche Arbeitsumfang* für die Höhe des Anspruchs auf Altersermäßigung (ab Beginn des Schuljahrs, in dem das 60. Lebensjahr vollendet wird) maßgeblich.

von **Ursula Kampf**
Referat Arbeitnehmer/Tarif
des Philologenverbandes
Baden-Württemberg

Bis Ende Schuljahr 2022/2023 gilt folgende Spezialregelung für Lehrkräfte, die die Ansparphase schon erfüllt haben: Im Einzelfall (RP entscheidet nach Ermessen) ist bis Schuljahr 2022/2023 ein Abweichen von der Achtjahreshöchstgrenze möglich, wenn dies der Unterrichtsversorgung zugute kommt und die Lehrkräfte-Bedarfsplanung dadurch nicht beeinträchtigt wird. Der Antritt des Freistellungsjahres kann auf Antrag grundsätzlich auch später erfolgen, zum Beispiel vor dem Eintritt in den Ruhestand – damit wird ein 1 Jahr früherer de-facto-Ruhestand möglich. Funktionsstelleninhaber/innen können nur eine Sabbatjahrvariante wählen, die unmittelbar in den Ruhestand mündet.

Im Gegensatz zu beamteten Lehrkräften sind Lehrkräfte i. A. an die Regelungen in § 7 SGB IV (Sozialgesetzbuch 4) gebunden: Falls sie erst in zeitlichem Abstand (entweder innerhalb des Gesamt-Achtjahresrahmens oder vor dem Ende ihrer Beschäftigung) ihr Freistellungsjahr in Anspruch nehmen wollen, darf ihr Beschäftigungsumfang in dieser Zwischenzeit nicht wesentlich vom Teilzeit-Beschäftigungsumfang während der Ansparphase (und im Freistellungsjahr) abweichen. Sogenannte *langjährig rentenversicherte* Lehrkräfte i. A. können außerdem ihren Anspruch auf Rente mit Abschlägen dergestalt verwirklichen, dass sie zum 30. September im Anschluss an ein Freistellungsjahr kündigen (Kündigungsfrist beachten; noch etwa zweieinhalb Wochen Arbeit im September; Details: s. AKA-Info Nr. 2 / 2021 –> Homepage PhV BW – Beratung dringend empfohlen).

## Gestaltungsmöglichkeiten

- 2 Jahre Ansparen + 1 Jahr Freistellung => durchgehend 2/3 Gehalt
- 3 Jahre Ansparen + 1 Jahr Freistellung => durchgehend 3/4 Gehalt
- 4 Jahre Ansparen + 1 Jahr Freistellung => durchgehend 4/5 Gehalt
- 5 Jahre Ansparen + 1 Jahr Freistellung => durchgehend 5/6 Gehalt
- 6 Jahre Ansparen + 1 Jahr Freistellung => durchgehend 6/7 Gehalt
- 7 Jahre Ansparen + 1 Jahr Freistellung => durchgehend 7/8 Gehalt

Es wird in Schuljahren gerechnet, d. h. ein Sabbatjahr beginnt mit dem ersten Schultag nach den Sommerferien und endet mit dem letzten Ferientag vor Schuljahresbeginn.

***Ausnahme:*** *Das Sabbatjahr endet am 31. Juli, wenn es in seinem Verlauf die beamtenrechtliche Altersgrenze für den Eintritt in den Ruhestand bzw. das tarifvertragliche Ende des Beschäftigungsverhältnisses nach § 44 Nr. 4 TV-L 'kreuzt' (das Beschäftigungsverhältnis endet zum Ende des Schul(-halb-)jahres, in dem die Lehrkräfte i. A. das gesetzlich festgelegte Alter zum Erreichen einer abschlagsfreien Regelaltersrente erreicht hat).*

**Haben Sie Kritik, Lob oder Anregungen?**
Dann senden Sie diese einfach per E-Mail an:

**enver.gross@phv-bw.de**

# Wort des Monats: Treiber

Das Sprechen über die Pandemie erinnert zunehmend an die Räuber- und Gendarm-Spiele unserer Kindheit. Kein Wunder, die Parallelen liegen auf der Hand. Man hatte es auch in der ungeliebten Rolle des Gendarmen mit einem unsichtbaren Gegenspieler zu tun. Die viel cooleren Räuber verbargen sich im Unterholz und gingen einem meistens durch die Lappen. Und auch damals hatte man nach einer Weile die Nase voll vom Suchen und Hinterherhecheln und sehnte nur noch den Rollentausch herbei.

Ganz offensichtlich prägen diese kollektiven Kindheitserlebnisse die aktuellen Sprachspiele von Politik und Presse zur Pandemie. Da ist die Rede vom 'Immun-Escape' der Mutanten. Von der 'Seitwärtsbewegung' der Inzidenzzahlen. Vom 'Vorpreschen', 'Ausscheren' oder 'Hinterherhinken' der Ministerpräsidenten. Das Hinkeverb ist übrigens schon etabliert und gehört in der These, dass »Deutschland in puncto XY im internationalen Vergleich hinterherhinkt«, seit langem zum Standardrepertoire von Leitartikelschreibern, Oppositionspolitikern in Talkshows und der OECD.

von Ines Mayer

## Auch interessant:

Die Bewertung der oben genannten Bewegungsmetaphern kann schnell ins Gegenteil umschlagen, je nachdem, wie sich der R-Wert entwickelt und ob man bei den Lockdown-Maßnahmen vorprescht oder bei den 'Öffnungsdiskussionsorgien'. Ausgenommen davon ist lediglich der bayerische Ministerpräsident, der sowohl für Vorpreschen als auch für Ausscheren stets ein Fleißkärtchen bekommt.

Jetzt ist es aber so, dass das ganze Fangerles-Spiel noch einen Schlag ins 'Jägerische' bekommen hat, seit darüber spekuliert wird, ob oder ob nicht Kita- und Schulkinder 'Treiber der Pandemie' seien. Geografisch ist der Fall klar: In England sind sie das, im Zuständigkeitsbereich des baden-württembergischen Kultusministeriums gilt dagegen das Dogma: »Schulen sind keine Treiber der Pandemie.«

Seither stelle ich mir immer Rasselbanden grüngewandeter Kinder mit Bo-Jo-Mähne vor, die mit schrillem »Hopp! Hopp!« durch den Sherwood Forest pesen und die B117-Mutante vor sich hertreiben. Aber dann wird's kompliziert. Wer sind die Jäger? Die Virologen mit ihren PCR-Kits? Die Ärzte mit der Impfspritze? Und wäre es in diesem Bild nicht viel besser, Treiber zu sein als kein Treiber? Oder verhält es sich so, dass die Treibjagd ohne Jäger stattfindet? Dass diese ohne Abstandsregeln in ihrer miefigen Jagdhütte hocken und bei LKW und Jagertee über alte Zeiten klönen. Derweil die Görren unkontrolliert die mutierten Aerosole in die Landschaft 'spreaden'?

Sie halten diese Vorstellungen für völlig verfehlt? Glauben vielmehr, dass der Treiber-Spruch was mit dem Softwaremodul zu tun hat? Der Pandemie-Treiber analog zum Drucker-Treiber? In der Tat würde das einiges erklären, weil Baden-Württemberg ja »im nationalen und internationalen Vergleich bei der Digitalisierung hinterherhinkt« und folglich *können* unsere Schüler gar keine Treiber der Pandemie sein. Heureka!

Vive la Freundschaft
Grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Schulen
Oberrheinsiegel

# Gemeinsam Grenzen überwinden

## Oberrheinsiegel für zwei südbadische Gymnasien

Seit 1963 wird am 22. Januar der Deutsch-Französische Tag als Zeichen der Freundschaft zwischen beiden Ländern gefeiert. Aufgrund der Corona-Pandemie fand der Tag in diesem Jahr als Livestream-Veranstaltung statt, an der auch über 5000 Schüler an 154 Schulen aus beiden Ländern teilnahmen. Repräsentanten aus Politik und Gesellschaft diskutierten über Austausch und Mobilität sowie Demokratie- und Europabildung bei der zweisprachigen Online-Veranstaltung, die unter dem Motto 'Deutschland und Frankreich: gemeinsam Grenzen überwinden' stand.

Als Vertreter des baden-württembergischen Kultusministeriums wies Staatssekretär Volker Schebesta MdL darauf hin, dass beide Regionen mehr als ihre geographische Lage und die gemeinsame Grenze verbinde. Dies zeigten nicht zuletzt auch zahlreiche Schulkooperationen und Schüleraustausche. Erstmals wurde das Oberrheinsiegel – eine Initiative des Kultusministeriums – verliehen. Zusammen mit der Akademie Straßburg

Baden-Württemberg

Oberrheinsiegel

Zertifikat

Oberrheinsiegel

verliehen an das

Faust-Gymnasium

Staufen

für die grenzüberschreitende schulische Zusammenarbeit
der Jahre 2017-2020

Durch die Verankerung interkultureller Kompetenzen im Rahmen von grenzüberschreitenden Schülerbegegnungen, der Teilnahme von Lehrkräften bei bi- / trinationalen Fortbildungen bzw. Austauschprogrammen sowie der besonderen Öffentlichkeitsarbeit, wirkt die Schule als Multiplikator innerhalb der regionalen Schullandschaft und dient als Vorbild für Völkerverständigung, Demokratie- und Antirassismus-Erziehung.

Wir gratulieren und bedanken uns herzlich für Ihr beispielhaftes Engagement zur Förderung der deutsch-französisch-schweizerischen Freundschaft.

Freiburg, den 22. Januar 2021

Regierungspräsidium Freiburg
Abteilung 7
Grenzüberschreitende Kooperation
79098 Freiburg

Christiane Rabe-Vogt, StD'in
Referentin für grenzüberschreitende schulische Zusammenarbeit
Regierungspräsidium Freiburg

wurden Schulen auf beiden Seiten des Rheins ausgezeichnet, die – so der Staatssekretär – »interkulturelle Kompetenzen im Schulprofil durch Schülerbegegnungen oder grenzüberschreitende Projekte verankern, ihren Lehrkräften Fortbildungen und Qualifizierungen zu Themen mit Frankreichbezug ermöglichen und sich für Völkerverständigung und Demokratiebildung einsetzen.«

Elisabeth Laporte, Rektorin der Akademie Straßburg, hob die Bedeutung der deutsch-französischen Beziehungen als »Herzstück der europäischen Idee« hervor. »Durch die Zusammenarbeit mit Baden-Württemberg tragen wir zur Entwicklung des europäischen Geistes unter unseren Schülerinnen und Schülern bei.« Unter den vierzehn badischen Schulen, die ein Oberrheinsiegel erhielten, sind auch das Faust-Gymnasium in Staufen und das Oberrhein-Gymnasium in Weil am Rhein.

Das Faust-Gymnasium pflegt unter anderem seit Jahren in den Klassenstufen 7 bis 10 Schüleraustausch mit vier französischen Partnerschulen. Am Oberrhein-Gymnasium, das zu den achtzehn baden-württembergischen Gymnasien mit einem bilingualen Zug Französisch zählt, wählen etwa fünfzig Prozent der Schülerinnen und Schüler diesen Zug und können später neben der allgemeinen Hochschulreife das französische Abitur erwerben.

**Ralph Grossmann**



### Weitere Hinweise zur Beitrittserklärung *(s. Umschlagseite 4)*

**Hinweise zum Datenschutz:** Zur Verarbeitung der persönlichen Bankdaten im Rahmen des SEPA-Einzugsverfahrens gebe ich entsprechend Art. 6 Abs. 1 a DSGVO die Einwilligung durch meine Unterschrift. Alle anderen vorstehend angegebenen personenbezogenen Daten werden vom PhV für die Verwaltung der Mitgliedschaft auf der Grundlage von Art. 6 Abs. 1 b DSGVO erhoben. Darüber hinaus können die Daten Name, Vorname, Fachkombination, Adresse, Telefon und E-Mail für die Suche und Kommunikation der PhV-Mitglieder untereinander (im passwortgeschützten Mitgliederbereich intern.phv-bw.de) verwendet werden.

Anmerkung: Auf der internen Webseite können Sie unter 'Mein Konto' Ihre Daten verwalten und die suchbaren Einträge einschränken. Für jede weitergehende Nutzung Ihrer Daten und die Erhebung zusätzlicher Informationen bedarf es Ihrer Einwilligung.

**Datenschutzregelung zum Newsletterversand:** Im Rahmen unseres Newsletters verarbeiten wir als Daten lediglich die vom Abonnenten angegebene E-Mail-Adresse. Diese wird in diesem Zusammenhang nicht mit weiteren personenbezogenen Daten (Name o. Ä.) verbunden, nur für den Newsletterversand verwendet und nicht an Dritte weitergegeben. Rechtsgrundlage des Newsletterversands ist Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 lit. a DSGVO (Datenschutzgrundverordnung). Die Mailadresse wird nur für die Dauer des Newsletterbezugs gespeichert und bei Beendigung des Abos gelöscht. Das Newsletterabo kann jederzeit widerrufen werden: Jede Newsletter-Mail enthält einen Link, mit dem Sie mit einem schnellen Klick einzelne Newsletter bestellen oder abbestellen können, sowie einen Link zum einfachen Abbestellen sämtlicher Newsletter.

| **Auszug aus den ab 1. Januar 2020 geltenden Beiträgen** (Beiträge pro Monat) | | | |
|---|---|---|---|
| **Staffelbeiträge*** <br> * Teilzeit wird entsprechend berücksichtigt | unter A 13/E 14 18,95 Euro | A 13/E 14 19,45 Euro | |
| | A 14/E 15 20,75 Euro | A 15/E 15Ü 22,55 Euro | A 16 und darüber 24,35 Euro |
| **Feste Beitragssätze** | Studenten 1,95 Euro | Referendare 3,89 Euro | Pensionäre 7,78 Euro |

# Beitrittserklärung

Ich erkläre hiermit meinen Beitritt zum Philologenverband Baden-Württemberg ab

*Name, Vorname*

*Straße Hausnummer, PLZ Ort* | *Geb.-Datum*

*Telefon* | *E-Mail* | ☐ Ich wünsche den PhV-Newletter (kostenlos)

**Status** (bitte genaue Angaben):

☐ Beamte/r, Amtsbezeichnung A ☐ Arbeitnehmer/in, Entgeltgruppe E ☐ Studienreferendar/in ☐ Student/in

*Dienststellung (StR, ...)* | *Fächerkombination* | *Deputat in Wochenstunden*

*Schulname, Schulort*

## SEPA-Lastschriftmandat

Philologenverband Baden-Württemberg | Alexanderstraße 112 | 70180 Stuttgart

Gläubiger-Identifikationsnummer: DE73ZZZ00000261913 | Mandatsreferenz: Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt

Hiermit ermächtige ich den Philologenverband Baden-Württemberg, fällige Forderungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Philologenverband Baden-Württemberg auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

*Hinweis*: Ich kann innerhalb von sechs Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

*Kreditinstitut*

IBAN D E

BIC

*Ich weiß, dass ich mit meiner Unterschrift die Satzung des Philologenverbands anerkenne. Ein Exemplar der jeweils gültigen Satzung geht mir auf Wunsch zu. Ich bestätige weiterhin, davon unterrichtet zu sein, dass nach § 7 (2) der Satzung ein Austritt nur zum Ende eines Quartals mit sechswöchiger Kündigungsfrist möglich ist.*

*Ort, Datum* | *Unterschrift*

Unter **https://phv-bw.de** finden Sie alle Informationen zum *Datenschutz* unter **–> Datenschutz**. Alle Infos zur *Mitgliedschaft* finden Sie unter **–> Mitgliedschaft**. Hier können Sie auch die *Beitrittserklärung als ausfüllbares PDF-Formular* herunterladen.